

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Druckerei
Tageblatt Riesner
Grosser Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grossenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesner, des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1530.
Stroasse:
Riesner Nr. 52.

Nr. 273.

Dienstag, 24. November 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Wintereins von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Achtung! Anzeigenbelegblätter an der Erde! — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Riesner. Geschäftskonto: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesner.

„In eigener Verantwortung“

Vom Wirtschaftsbeirat zum Winterprogramm.

Die Schlussfizierung des Wirtschaftsbeirates, die eigentlich einen feierlichen Charakter erhalten sollte, ist rauh und unfriedlicher vorübergegangen, als selbst Bestimmten erwarteten. Die halbamtliche Verlautbarung verdrängt den Hinterspalt, der sich aufstaut, nur unvollkommen. Nach den drei landwirtschaftlichen Vertretern machten auch die Vertreter der Gewerkschaften in letzter Stunde aus ihrer Auffassung kein Hehl. Das amtliche Fazit der Verhandlungen lautete: „In grundlegenden (lies: einigen) Fragen wurde eine gemeinsame Linie gefunden.“ Inoffiziell erklärte man auf Seiten der Gewerkschaften viel schärfer: „Eine Verständigung war nicht möglich. Die Gewerkschaften können deshalb auch den Schlussfolgerungen des Reichsanzlers nicht zustimmen.“

Die Schwierigkeiten, die zu diesem doppelten Ende führten, werden aus den Leitfragen erichtlich, in die Reichsanzler Brühning das Ergebnis der Verhandlungen zusammenfaßte. Die gleichzeitige Senkung von Preisen und Löhnen, wie sie durch das Winterprogramm herbeigeführt werden soll, hat mancherlei Problematisches an sich. Daß die Löhne gesenkt werden sollen, ist kaum zu bezweifeln. Ob die Preise gesenkt werden können, ist eine andere Frage. Die Regierung denkt an eine Umfassung besonders der gebundenen Preise an ein neues Preisniveau. Aber die Methoden „freiwilliger Zustimmung“ der Interessenten erinnern bedenklich an jene mehr untreuwilligen als freiwilligen Auseinandersetzungen, die noch jüngst bei dem Kampf um den Berliner Brotpreis zu beobachten waren. Das gleiche gilt von den örtlichen Ausschüssen, die gegen die allzu hohe Spanne zwischen Erzeugerpreisen und Kleinhandels- und Großhandelspreisen Front machen sollen. Man weiß nicht recht: Sollen durch solche Eingriffe die Lebensmittelpreise gesenkt oder sollen die bisherigen Preise aufrecht erhalten werden und nur Verschleibungen innerhalb der Handelskette vorgenommen werden. Das englische Beispiel, auf das dabei verwiesen wird, ist sehr verführerisch. Leider leben wir in Deutschland und nicht in England. Von der dortigen gentlemanly Marktdisziplin ist bei uns wenig zu spüren. Wichtig ist, daß die Regierung nicht an eine Aufhebung der Tarifverträge denkt. Die veränderte Handhabung des Schlichtungswesens, die der Wirtschaftsbeirat vorschlägt, ist aber keine Neuerung. Sie ist in der Praxis bereits fast überall durchgeführt.

Auf dem Gebiet von Kredit und Zins nehmen die Leitfragen des Wirtschaftsbeirates noch einmal die umstrittenen Fragen der letzten Zeit auf. Man will, wie es scheint, dem überhöhten deutschen Zinsniveau mit Macht zu Leibe gehen. Besonders denkt man an eine rücksichtslose Beschneidung des zur großen Mode gewordenen Risikoaufschlages. Wie sich allerdings die Senkung des Zinsniveaus auf dem Kapitalmarkt vollziehen soll, darüber gingen die Meinungen auseinander. Hier wird das Winterprogramm erst endgültig Marst zu schaffen haben. Etwas dunkle Worte finden sich über eine Kreditausweitung durch die Reichsbank. Die Voraussetzungen, die dafür gemacht werden, befragen nicht mehr und nicht weniger als eine gütliche Einigung Deutschlands mit seinen privaten und staatlichen Auslandsgläubigern. Da eine solche Einigung vorläufig noch Zukunftsmusik ist, wird man auch die Kreditöffnungen möglichst niedrig spannen. Man muß sagen: Leider! Gerade die positiven Maßnahmen für eine wirkliche Linderung der Arbeitslosigkeit hängen mit diesen Kreditfragen auf das engste zusammen.

Erfreulich ist der Nachdruck, mit dem sich Wirtschaftsbeirat und Reichsregierung für eine Senkung der öffentlichen und privaten Tarife einsetzen. Man wird aber auch hier erst genaue Bestimmungen abwarten müssen, ehe man seine Genugtuung äußert. Es klingt sehr schön, wenn auf die zuständigen Landes- und Kommunalbehörden zwecks Senkung der Straßenbahn-, Gas- und Elektrizitätstarife eingewirkt werden soll. Ob bei einer solchen Senkung sofort Mehreinnahmen herauspringen werden, ist nicht ohne weiteres positiv zu beantworten. Mit der Hauszinssteuer will der Wirtschaftsbeirat endgültig Schluss machen. Sie soll stufenweise abgebaut werden. Leider ist auch hier ein Widerfuß vorhanden. Die Mehreinnahmen müssen durch Mehreinnahmen auf anderen Gebieten wieder eingeholt werden. Das bedeutet aber eine Erhöhung der Umsatzsteuer, die im gegenwärtigen Augenblick alles andere als erfreulich wäre.

Es mag genügen, auf diese Hauptpunkte der Leitfragen hinzuweisen. Daß in den nächsten Tagen aus den verschiedenen Lagern ein Sturm gegen sie losbricht, ist kaum zu bezweifeln.

Am 7. Dezember tritt der beratende Sonderausschuss in Genf zusammen. Bis dahin muß das neue Winterprogramm fertig sein, ganz gleich, ob es in seinen Durchführungsbefimmungen weiten Kreisen gefällt oder nicht gefällt. Diese zeitliche Zwangslage ist für ein durchgreifendes Gesehewerk keineswegs erfreulich. Man muß sie aber hinnehmen und nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Reichsregierung in diesen 14 Tagen wirklich etwas Positives verordnet. Die Verantwortung, die auf ihr lastet, ist ungeheuer.

Wedel bleibt sächsischer Landtagspräsident.

Wiederzusammentritt des Sächsischen Landtags.

(Dresden. (Funkpruch.) Bei der heutigen Wahl des Landtagspräsidenten entfielen von 99 abgegebenen Stimmen 33 auf den bisherigen Präsidenten Wedel (SPD.), 26 auf Abg. Gentschel (Wirtschaftspartei), 23 auf Kunz (NSDAP.) und 11 auf Herrmann (APD.). Bei der Stichwahl zwischen Wedel und Gentschel wurden

92 Stimmen abgegeben. Hier von entfielen auf Wedel 36 und Gentschel 21, außerdem erhielten die Abgeordneten Kunz 14 und Herrmann 11 Stimmen. Nach dem Ergebnis der Stichwahl ist somit Wedel wieder zum Landtagspräsidenten gewählt.

Reichsminister Schlange-Schöningen zur Ostfrage.

Haushaltsauschluß des Reichstags.

Berlin. (Funkpruch.) Der Haushaltsauschluß des Reichstages nahm in seiner heutigen Sitzung zunächst Berichte der ständigen Unterausschüsse über Organisation und Betrieb der Oststelle entgegen. Dann nahm Reichsminister Schlange-Schöningen in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für die Osthilfe zu längeren Ausführungen das Wort. Vorher hatte Abg. Stücken (Soz.) darauf hingewiesen, daß die Osthilfe ihre Ziele bisher nicht erreicht habe, weil die Voraussetzungen, die Beschaffung der nötigen Geldmittel, sich nicht haben verwirklichen lassen.

Reichsminister Schlange-Schöningen

legte seinen Standpunkt darüber dar, wie er sich für die Zukunft die Lösung der Fragen denke, die für die Wirtschaft, insbesondere die Landwirtschaft im Osten gerade jetzt zu Existenzfragen geworden seien. Wenn die Pläne, die sein Amtsvorgänger aufgestellt habe, sich nicht hätten verwirklichen lassen, so liege das keineswegs an den Persönlichkeiten, die die Sache bearbeiteten, sondern lediglich an der Ungunst aller Verhältnisse, die eine Abwärtsentwicklung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit sich gebracht hätten, die mit Menschenkraft nicht mehr hätte aufgehalten werden können. Das Gebot der Stunde sei heute, den Blick in die Zukunft zu richten und alle Wege ausfindig zu machen, auf denen heute noch der Landwirtschaft im Osten Erleichterung und Hilfe gebracht werden könne.

Die von ihm erlassene Rotverordnung sei, so fuhr der Minister fort, von den verschiedensten Seiten angegriffen worden. Eines müsse er hier ausdrücklich klarstellen: Als er vor seinem Eintritt ins Kabinett die 1. Unterhaltung mit dem Reichsanzler gehabt und ihm dargelegt habe, auf welche Weise er eine Aktion im Osten durchführen wolle und daß er es dabei für unbedingt notwendig gehalten hätte, daß der Reichsanzler einige Monate Ruhe im Lande schaffen müßte, wenn überhaupt irgend eine geistliche Arbeit geleistet werden könnte, da habe der Reichsanzler mit einem solchen Verständnis und mit einem solchen guten Willen das, was er ihm über die Agrarfrage dargelegt habe, entgegen genommen und sich mit einer solchen Entschlossenheit zur Hilfsbereitschaft erklärt, wo immer sich nur eine Möglichkeit dazu böte, daß es geradezu ein triviales Spiel sei, wenn man in der Agitation draußen im Lande ihm unterstelle, daß er nicht geneigt sei, der noleidenden Landwirtschaft zu helfen. Das, erklärte der Minister, müsse einmal mit aller Offenheit der klärenden Aktion landwirtschaftlicher und anderer Kreise gegenüber festgehalten werden.

Die Verhältnisse im Osten lägen heute so, daß nicht diejenigen Großbetriebe am gefährdetsten seien, die etwa am besten gewirtschaftet hätten, sondern diejenigen, die am besten gewirtschaftet hätten, die also den größten Kapitalumschlag anwiesen, und damit am härtesten in die Zinsmühle gekommen seien.

Die Krise beschränkte sich heute nicht nur auf den Grundbesitz, sondern genau so sehr auf die Bauernschaft und auf die Siedler. Während man früher, wenn man von einer großzügigen Ostpolitik sprach, eine Besiedlung des Ostens im Auge hatte, sei heute eine rückläufige Bewegung, eine Entsiedelung, ein Abströmen der Menschen vom Osten festzustellen. Nicht nur aus volkswirtschaftlichen, sondern auch aus nationalpolitischen Gründen sei diese Entwicklung unerträglich. Zu der wirtschaftlichen Lage komme noch, daß die Menschen draußen durch parteipolitische Agitation wild gemacht werden, bis sie ganz den Kopf verlieren, und das in einer Zeit, wo es darauf ankomme, die Nerven zu behalten. Aus diesem Grunde habe er durch die Rotverordnung dem unerträglichsten Zustande ein Ende zu machen sich bemüht, daß die Landwirte jeden Tag vom Gerichtsvollzieher bedrängt werden.

Zum Inhalt der Rotverordnung übergehend, legte der Minister dar, daß das Gebot der Stunde sei, die Befestigung der Landwirtschaft im Osten sicher zu stellen, wolle man nicht Gefahr laufen, daß der ganze Produktionsapparat zum Stillstand gebracht werde mit allen Folgen, die sich nicht nur für die Ernährung, sondern auch für die ganze staatspolitische Lage unseres Volkes in schlimmster Weise auswirken würde. In den letzten Tagen habe er Verhandlungen mit den Kreisen, die sich durch die Rotverordnung betroffen fühlten, ge-

habt, namentlich mit der Kaufmannschaft, dem Handel und den Genossenschaften, denen er angelaut habe, daß alle Wünsche, die von dieser Seite vorgebracht werden, berücksichtigt werden sollten, soweit das nur irgendmöglich sei und daß in den Ausführungsbestimmungen alles das ausgedrückt werden solle, was für diese Kreise von Lebensnotwendigkeit sei. Eine Hilfe könne dem Osten nur gebracht werden, wenn alle Kreise, die in irgendwelcher wirtschaftlichen Beziehung dazu stehen, mit dem gleichguten Willen sich zur Mitarbeit bereitfinden; es gehe aber nicht an, eine Aktion auf dem Rücken eines einzelnen Berufsstandes auszutragen.

Von seiner ersten Absicht, führte der Minister weiter aus, zunächst einmal eine Stillhalteaktion für den Osten durchzuführen und dann eine zweite Rotverordnung mit dem Um- bzw. Neuaufbau der landwirtschaftlichen Entschuldung zu erlassen, sei er abgekommen, weil er einen bestimmten Endtermin für die Entschuldung hätte festsetzen müssen und weil dann, wenn dieser Termin eingetreten sei, ein Ansturm der Gläubiger erfolgt wäre, dem die Landwirte nicht hätten standhalten können. Auch habe er ein glattes Moratorium, worauf die erste Aktion hinausgekommen wäre, nicht erlassen wollen. Das Stillhalten bestche sich nunmehr auf die Betriebe, bei denen es wirklich notwendig ist. Jetzt handele es sich darum, den Umfang der Stillhalteaktion zu umreißen. Auf die Mitarbeit der preussischen Landräte könne er dabei nicht verzichten. Man möge aber dabei alle kleinsten Bedenken außer acht lassen, daß die Landräte etwa sich von parteipolitischen Gesichtspunkten leiten ließen. Wenn man einen Erfolg mit den neuen Maßnahmen erzielen wolle, sei der gute Wille und die ehrliche Mitarbeit aller Beteiligten unbedingt Voraussetzung. Alle Verzweigungen müßten nur mit dem Untergang wertvoller Existenzen bezahlt werden.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärte der Minister, er hoffe, daß die Arbeit der Osthilfe sich nicht mehr über Jahre, sondern über Monate erstrecken werde. Um dieses Tempo hineinzubringen, brauche er den Druck sowohl auf die Schuldner wie auf die Gläubiger, den die Rotverordnung ausübt. Man habe über die Eingriffe in die Rechte der Gläubiger geklagt und man habe hier von wohl-erworbenen Rechten gesprochen. Wie sieht es mit den sog. wohl-erworbenen Rechten der Beamten und wie sieht es, das müsse gesagt werden, mit den Löhnen der Arbeiter? Schematisches Rechte zu bewahren, die in einer ganz anderen Zeit unter ganz anderen Voraussetzungen entstanden sind, wäre verfehlt. Wenn man den Arbeitern einen Lohnabbau zumute, dann könne man auch nicht davor zurücktreten, den überhöhten Zinsfuß als unerträglich anzusehen.

Der Minister lehnte entschieden ab, irgendwelche Reichsgelder zu verwenden für Großbetriebe, die den modernen volkswirtschaftlichen Anforderungen nicht genügen. Überall dort, wo Wirtschaftsformen bestehen, die heute nicht mehr zeitgemäß sind, will der Minister eine Siedlungsbewegung großen Stiles anzuflehen. Land hätten wir genug. Es handele sich nur um die Rentabilität der Siedler. Es komme nicht darauf an, dem Siedler schöne Steinhäuschen hinzubauen, mit allem möglichen Komfort, schöne Ställe, die sehr hübsch aussehen und deren Erhaltung dann sehr teuer ist. Es ist viel richtiger, wenn der Siedler sich das alles schafft und aufbaut nach seinen eigenen Bedürfnissen.

Der Siedler müsse wissen, daß er auf dem Feld, auf dem er nun angelaut ist, sitzen bleiben könne, er müsse so gestellt werden, daß er aus seiner Siedlung eine Rente herauswirtschaften könne. Daß die Gläubiger mit allen Maßnahmen der Rotverordnung nicht einverstanden seien, sie sogar heftig bekämpfen, sei natürlich. Die führenden Kreditinstitute hätten der Reichsregierung verständnisvolle Mitarbeit bei der Durchführung des Moratoriums zugesichert. Eine Zusammenarbeit aller Berufsstände zur Erhaltung der kranken Betriebe sei dringend notwendig, damit nicht im nächsten Jahr zu wirtschaftlichen und politischen Sorgen akute Ernährungsschwierigkeiten hinzukommen.

Der Minister forderte dann Handel und Genossenschaften auf, an den Ausführungsbestimmungen durch praktische Vorschläge und Hinweise auf Vermeidung von Schäden mitzuarbeiten. Die Aktion sehe er nicht von heute auf morgen an, er sehe sie auch nicht als reine Hilfsaktion für die Landwirtschaft des Ostens an, sondern er betrachte sie auch von nationalpolitischem Standpunkt aus, daß dort im schwerge-lährdeten Osten ein neuer organischer Aufbau deutschen Menschentums zur Wahrheit werde.

Vertrauensbruch.

Wie oft liest man es jetzt: Jemandem ist ein Unternehmen, eine Gesellschaft, ein Finanzinstitut aufgeblüht! Ursache: Eigenmächtige Spekulationen oder Geschäfte eines Verantwortlichen! Dann liest man weiter, daß eine Untersuchung dieses Zusammenbruchs eingeleitet worden ist, und dann — ja, dann verläßt sich die Sache meistens im Sande, weil inzwischen ein neuer, finstlicher Skandal aufgefunden ist. Man braucht keine Namen zu nennen, braucht niemanden persönlich anzugehen, aber was verbirgt sich in allen solchen Fällen immer dahinter: Entweder, ein Mensch hat zum Schaden der mit ihm Beteiligten eine Eigenmächtigkeit begangen, oder er hat das ihm anvertraute Geld, das andere Leute in seine Obhut gelegt haben, für eigene Geschäfte mißbraucht. Wie nennt man das? Es ist ein glatter Vertrauensbruch, dem ja nicht nur darum besondere Bedeutung zukommt, weil so und so viele Personen dadurch um ihr eigenes Vermögen gebracht worden sind, sondern der sich in der heutigen Zeit um so schlimmer auswirkt, als diese Vorkommnisse einmal geradezu periodisch auftreten und das Mißtrauen in den Reihen unseres Volkes immer stärker wird. Man darf berechtigterweise fragen: Zu wem soll das Volk in Geldangelegenheiten noch Vertrauen haben, wenn es sich immer und immer wieder herstellt, daß selbst die Sachwalter der Finanzen das Vertrauen mißbrauchen, ohne daß es doch im Finanzgeschäft nun einmal nicht geht. Und man bedenke weiter, daß ja hier und da ausgedehnte Unlauterkeiten und Fehlbeträge nicht etwa nur ein Quatzen einer Unsumme ausmachen, sondern daß dadurch kleine Sparer und Einleger um ihre Zukunftsgroschen und ihren Notanker gebracht werden. Die Zeiten sind heute dergestalt, daß kein Mensch einen Geldbetrag zu verschmerzen mag. Immer und immer wieder wird gesagt: Spart in der Zeit! Dann habt Ihr in der Not! Aber leider ist es bittere Wahrheit, oft schon sah es so aus, daß in der Zeit gespart war und in der Not dann dieser Anker durch das Verschulden anderer abfiel. Was nützt das Bedauern, was nützt die Reue, daß keiner den Mittelnischen schädigen wollte. Es geschieht eben immer und immer wieder, der Vertrauensbruch findet kein Ende, und wenn ihn nicht mit aller Energie, in erster Linie mit Selbstüberwindung und Anstand eingestemmt wird, dann werden wir in ein Chaos hineinfluten, wie es diejenigen, denen das deutsche Vaterland noch am Herzen liegt, nicht wünschen wollen!

Zeitliches und Sächliches.

Mietz. den 24. November 1931.

— **Wetterberichterstattung** für den 25. November (Mitgeteilt von der Sächl. Landeswetterwarte zu Dresden.) Mittelnachts, meist stark bewölkt, vorübergehend auch etwas Niederschlag wahrscheinlich. Temperaturen etwas uneben, in der Ebene über Null Grad, nur in den höheren Gebirgslagen vorherrschend Frost, zeitweilige lebhaftere Winde aus Südlichen, im Gebirge auch westlichen Richtungen. Witterungscharakter in den nächsten Tagen wahrscheinlich wechselhaft bei schwankenden Temperaturen.

— **Faten** für den 25. November 1931. Sonnenaufgang 7.32 Uhr. Sonnenuntergang 16.01 Uhr. Mondaufgang 15.32 Uhr. Monduntergang 8.06 Uhr.

1837: Der amerikanische Erfindungsindustrielle Andrew Carnegie in Duxerline geb. (gest. 1919).

1878: Der Dramatiker Georg Kaiser in Magdeburg geb.

— **Der Männersingerverein „Amphion“** gedachte im Anschluß an seine gefragte Probe in einer schlichten Feier seiner toten Sangesbrüder. Der Vorsitzende Herr Georg Schumann sprach eindrucksvolle Worte vom Sterben und Vergehen, vom Erinnern und Wieder-aufleben, vom Sieg über den Tod und von Auferstehung, von Liebe und Dank über Tod und Grab hinaus. Aus dunklem Grün grüßten die Bilder der auf dem Felde der Ehre gefallenen Sangesbrüder: Lehrer Fischer, Kaufmann Heinemann, Lehrer Hiller, Kaufmann Hägel, Lehrer und Chorleiter Kallosen, Lehrer Richter und Lehrer Schmidt. Ihnen zu Ehren sang der Chor „Dem Andenken der Gefallenen“ von Wohl-gemuth mit dem Treueschwur: „Eure Erben woll'n wir sein!“

— **Evangelisationsvortrag.** Am Donnerstag, den 26. November 1931, findet abends 8 Uhr im Gasthof „Stadt Riesa“ in Poppitz ein Evangelisationsvortrag statt. Herr Viktor Pöfert spricht über das Thema: „Es gibt ein freies Gewissen in dieser unfer Zeit!“

— **Vortrag.** Wie aus dem Angelegten zu ersehen ist, findet am kommenden Donnerstag im Hotel Höpfer ein Vortragsabend, veranstaltet vom Aktrologen G. E. Lehmann, statt.

— **W. A. J. fordert Einspruchsverfahren** gegen Kündigungen auch für Belegschaften kleinerer Betriebe. Obwohl die Zahl der stellenlosen Angestellten heute bereits eine früher nie gekannte Höhe erreicht hat, werden in jedem neuen amtlichen Monatsbericht über die Arbeitsmarktlage für Angestellte weitere Verschlechterungen gemeldet. Diese kaum noch erträgliche Entwicklung des Stellenmarktes, sowie die Tatsache, daß an den Entlassungen alle Betriebsgrößen beteiligt sind, veranlassen den W. A. J., das Reichsarbeitsministerium erneut auf eine Lücke im Betriebsrätegesetz hinzuweisen, die sich unter den heutigen Verhältnissen mehr als je nachteilig für die Arbeitnehmer kleinerer Betriebe bemerkbar macht. Es handelt sich um das Einspruchsverfahren gegen unbillige Kündigungen und Entlassungen, das nach dem Betriebsrätegesetz lediglich den Belegschaften der Betriebe mit mindestens 20 Arbeitnehmern zugute kommt, während die Arbeitnehmer in kleineren Betrieben, ja schon mit 19 oder 18 Arbeitnehmern, auf dieses wertvolle Recht verzichten muß. — Nahe würde es liegen, wie der W. A. J. dazu ausführt, die Rechte aus den §§ 84 ff. des Betriebsrätegesetzes auch den Betriebsobmannern kurzerhand einzuräumen und damit wenigstens den Angehörigen der Betriebsgrößenklassen 5—20 Arbeitnehmer die Einspruchsmöglichkeit zu sichern. Koch weitgehend würde die Einräumung eines Einspruchsrechtes gegenüber den zuständigen Arbeitsgerichten an alle Arbeitnehmer sein. Das Reichsarbeitsministerium wird jedenfalls dringend eruchtet, die Befestigung der nun fast länger als einem Jahrzehnt bestehenden Lücke in Angriff zu nehmen und allen von Entlassung bedrohten Arbeitnehmern die gleichen Rechte zu sichern.

— **Weiteres Steigen der Arbeitslosigkeit** im Baugewerbe. Eine am 16. November im sächsischen Baugewerbe vorgenommene Erhebung, die sich auf 58.836 Personen erstreckte, ergab, daß 22.903 Maurer, 15.315 Bauhilfsarbeiter, 6602 Facharbeiter, Verheingelbe usw. arbeitslos waren. Dies entspricht einer Arbeitslosigkeit von 76,2 Prozent gegenüber einer solchen von 75,1 Prozent eine Woche zuvor.

— **Lehrgänge der sächsischen Gemeindelehre.** Am 15. Februar 1932 beginnen in der sächsischen Gemeindelehre zu Dresden ein Lehrgang für Verwaltungsbeamte und ein solcher für Spar- und Girokastenbeamte. Beide Lehrgänge enden am 4. Juni

1932 und schließen mit der Verwaltungsauffassungsprüfung ab. Lehrgänge für die Lehrgänge sind bis zum 8. Januar 1932 bei den Dienststellen einzureichen.

— **Endtermin für Zahlungsfristverlängerung** in Außerungssachen bleibt der 30. November 1931. Der Antrag des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzer-Bereine, den auf den 30. November festgesetzten Endtermin für die Einreichung von Anträgen auf Bewilligung einer Zahlungsfrist für gefändigte Auswertungsbeschlüssen auf den 15. Dezember d. J. zu verlegen, ist vom Reichsjustizministerium abschlägig beschieden worden. Der letzte Termin für die Nachholung von Anträgen auf Bewilligung einer Zahlungsfrist oder, falls ein solcher Antrag bereits rechtskräftig abgewiesen war, für die Erneuerung derartiger Anträge, bleibt somit der 30. November 1931.

— **Änderungen im Auslands-Verkehr** der Reichspost. Bei Einzahlungen auf Postanweisungen nach dem Auslande und dem Saargebiet von nicht mehr als 10 Mark innerhalb eines Monats soll bis auf weiteres von der Vorlegung eines Reisepasses abgesehen werden. Die Vorlegung des Passes soll aber dann verlangt werden, wenn der Verdacht besteht, daß unter Umgehung dieser Bestimmung mehrfach während eines Monats kleinere Beträge eingezahlt werden sollen. — **Briefe** aus Deutschland nach Spanien und spanischen Kolonien sind fortan nur bis zum Höchstbetrag von 1800 Mark zugelassen.

— **Sozialbeamtenentgeltung.** Am Sonntag stellten in Chemnitz die Vertreterinnen der Landesgruppe Sachsen des Reichsverbandes der Sozialbeamten unter der Leitung ihrer Vorsitzenden Frau Gollbauer eine Vorstandstagung ab. Frau Prof. Dr. Wunderlich sprach über die Ursachen der Wirtschaftskrise, die sie nicht zuletzt in den Reparationen erblickte; nur durch Zusammenfassung aller Kräfte könne es gelingen, allen Gevallen zum Trotz die augenblickliche schwere Krise zu überwinden. Frau Amtsrat Schulz erstattete ein Referat über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Familienfürsorge und die Aufgaben der Sozialbeamten in der Gegenwart. An die Vorträge schloß sich eine rege Aussprache an.

— **Keine Einstellungsmöglichkeiten** bei der Reichsbahn. Bei der Reichsbahndirektion Dresden gehen fortgesetzt Gesuche von Schülern ein, die zum kommenden Herbst ihre Reifeprüfung zu bestehen hoffen und die als Hilfsupernumerare in der Obersekretariatsabteilung eingestellt werden möchten. Derartige Gesuche sind, nach einer Mitteilung der Reichsbahndirektion, wozu, da erst im Frühjahr 1932 die Entscheidung darüber fallen wird, ob Hilfsupernumerare eingestellt werden können. Im günstigsten Falle wird es sich dabei um 20 bis 25 Stellen handeln. Vormerkungen können nicht stattfinden. In sämtlichen anderen Abteilungen des Reichsbahndienstes liegt für absehbare Zeit bei der Reichsbahndirektion Dresden keinerlei Bedarf an Anwärtern vor.

— **Sprechstunde über die wirtschaftlichen** Verhältnisse Columbiens. Der Deutsche Gesandte in Bogota (Columbien), Herr Graf von Bodewits, hält Mittwoch, den 2. Dezember d. J., von 10 Uhr an in den Räumen der Industrie- und Handelskammer Dresden, Albrechtstraße 4, Sprechstunden für die beteiligten Wirtschaftskreise ab. Es bietet sich hierbei Gelegenheit, mit einem Kenner über die wirtschaftlichen Verhältnisse Columbiens Rücksprache zu nehmen. Wegen der erforderlichen Aufstellung einer Zeiteinteilung ist vorherige Anmeldung bei der Kammer erforderlich.

— **Unfälle an selbsthergestellten landwirtschaftlichen Maschinen.** Die wirtschaftliche Notlage und auch die Freude am Basteln verleiten manchen Landwirt zur Selbstherstellung von Maschinen und sonstigen maschinellen Einrichtungen, und zwar vielfach unter Verwendung von Teilen, die schon an und für sich zum ursprünglichen Zweck unbrauchbar geworden sind. Derartige Einrichtungen verursachen erfahrungsgemäß vielfach Unfälle, durch die Leben und Gesundheit von Menschen gefährdet werden. Klein an der Kreisstraße kommen in der Landwirtschaft alljährlich über 2000 Unfälle vor, von denen rund 950 zur Entschädigung mit folgender Rentenzahlung gelangen und etwa 18 den Tod zur Folge haben. Ein großer Teil dieser Unfälle ist auf unalltechnische Mängel selbsthergestellter Kreiswagen zurückzuführen. Vielfach werden auch Schleifsteine, Hob- und Trommelherbstfächer für motorischen Antrieb eingerichtet und Fördergehäuse selbst gebaut. Bei diesen Maschinen kommen vielfach Unfälle vor, die zum größten Teil auf Fehler zurückzuführen sind, die bei der Selbstherstellung derartiger maschineller Einrichtungen gemacht worden sind. Wer eine mit unalltechnischen Mängeln behaftete maschinelle Einrichtung bestellt oder benützt, macht sich strafbar und muß bei einem Unfall der Berufsgenossenschaft alle Aufwendungen ersetzen. Als unalltechnische Mängel sind nicht nur das Fehlen von Schutzvorrichtungen, sondern auch Fehler im Bau der Maschinen, die Verwendung ungeeigneter Baustoffe usw. anzusehen.

— **Es soll mehr deutsche Wolle** verwendet werden. Die Erörterungen der Reichsverbände zu den Anträgen der Landwirtschaft, bei allem amtlichen und halbamtlichen Tuchbedarf eine Beimischung von durchschnittlich 50 Prozent deutscher Wolle anzuordnen, um den Absatz deutscher Wolle zu steigern, sind zu einem vorläufigen Abschluß gebracht worden. Wie das Reichswirtschaftsministerium mitteilt, wurde die Einführung eines Verwendungs-zwanges aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Dagegen sollen die Lieferanten der Tuche zu erhöhter Verwendung deutscher Wolle bei Anfertigung der Uniformtuche dadurch veranlaßt werden, daß bei Angeboten künftig Angaben darüber verlangt werden, wieviel deutsche Wolle bei Anfertigung der Tuche verwendet werden soll. Bei der Bewertung der Angebote soll dann neben den anderen für die Zuschlagserteilung maßgebenden Umständen auch die Höhe der Beimischung deutscher Wolle berücksichtigt werden. Um den weiteren Wünschen der Landwirtschaft gerecht zu werden, wird, soweit das nicht schon bisher geschehen ist, bei den einzelnen Uniformtuchsorten nachgeprüft werden, inwieweit die Herabsetzung der verlangten Wollfeinheiten möglich ist. Es wird dabei das Ziel verfolgt, in möglichst großem Umfange auf A-Wolle mit Beimischung eines gewissen Prozentsatzes von U-Wolle zurückzugehen. Entsprechende Antragsurteile sind auch an die Bundes- und Kommunalbehörden ergangen.

— **Muffiges Getreide.** Die Pressestelle der Landwirtschaftskammer macht darauf aufmerksam, daß muffiges Getreide in seiner Keimkraft geschwächt ist und leicht den Schimmelpilzen zum Opfer fällt. Am zweckmäßigsten ist es, muffiges Getreide öfters umzuschichten oder es mehrmals durch die Windfegen laufen zu lassen. Außerdem ist dafür Sorge zu tragen, daß in die Speicher keine Feuchtigkeit eindringt und an trockenen, kalten Tagen ausgiebig gelüftet wird. Wenn der muffige Geruch verschwunden ist, kann man das Getreide noch zur Saat verwenden, muß es vorher aber unbedingt heizen.

— **Zeitplan.** Der Turnverein D. Z. Zeitplan veranstaltet wie alljährlich am Lorensonntag im Gasthof zum Stern abends 7/8 Uhr einen dem Tage entsprechenden Theaterabend unter gütiger Mitwirkung des Posaunenchor Riesa-Gröba. Dieser Fester ging ein Abendessen auf dem Dorfplatz und anschließend die Kranzniederlegung am Kriegerdenkmal voraus, wozu der 1. Vorsitzende des Vereins einige Worte des Dankes für unsere Gefallenen widmete. Punkt 7/8 Uhr begann die Feier im vollbesetzten Saale mit dem Spiel zweier Choräle durch den Posaunen-

chor. Anschließend beehrte der 1. Vorsitzende alle erschienenen und dankte für den so überaus zahlreichen Besuch. Darauf erfolgte die eigentliche Gedenkfeier durch den 2. Vorsitzenden, welcher besonders auf die Tzweie, die wir unseren Toten schuldig sind und auf ihren Nachruf: „Vergeht und nicht!“ hinwies. Darauf wurde ein Gedicht „Zum Totensonntag“ aus „Dem Bürger“ vorgelesen, wozu sich sämtliche Anwesende von den Plätzen erhoben. Unter dem Range der Wieder: „Ich hatt' einen Kameraden“ und „Morosenrot“ endete diese Feier. Darauf wurde noch ein Theaterstück, betitelt: „Am Waldkreuz“, bestehend aus 6 Akten, durch Mitglieder des Vereins in spannender Weise sehr gut zum Vortrag gebracht. Die Pausen wurden ebenfalls wieder durch Lieder des Posaunenchor ausgefüllt, so daß alle Besucher dieses Abends zufrieden nach Hause gehen konnten. So wie in diesem Jahre wird auch im nächsten Jahre der Turnverein bemüht sein, den Totensonntag zu Ehren seiner Toten in entsprechender Weise wieder zu gestalten.

— **Blauhühner.** Durch das wohlwollende Entgegenkommen des Herrn Rittergutbesitzer Oberleutnant a. D. Wienert, ist es auch in Manditz gelungen, Freiland für Erwerbslose zu Gartenbau zu erhalten. Es hat sich nun ab 1. Oktober ein regelrechter „Gartenbauverein“ gegründet. Unter sehr günstigen Verhältnissen, und zwar ist jeder Garten 3 Ar groß, der Preis für 1 Ar beträgt 1,00 RM. für Erwerbslose, für Nichterwerbslose 2,00 RM. das Ar. Ist den Pächtern Gartenland zur Verfügung gestellt worden. Vom 1. Oktober 1931 bis 1. Oktober 1932 gibt Herr Wienert das Land unentgeltlich, ab 1. Oktober 1932 tritt erst das Pachterverhältnis in Kraft. Der Pachtervertrag läuft 15 Jahre. Falls von beiden Seiten keine Kündigung angesetzt wird, läuft dieser Vertrag automatisch 15 Jahre weiter. Es sind 34 Pächter, darunter 23 Erwerbslose.

— **Großhain.** Verstorben. Am Sonntag starb im Alter von 71 Jahren in Schönfeld bei Großenhain Frau Freifrau von Pura geb. v. Vogberg, die Wittin des vor kurzer Zeit verstorbenen Freiherrn von Pura.

— **Döhlen.** Neue Willkürmeister und -Gefellen. In der letzten Herbstversammlung der Willkürzwangs-Vereinigung zu Döhlen konnte Obermeister Reif nach gutbestandenener Prüfung an Curt Müller, Stroden und Erich Reuter, Seerhäuten die Meisterprüfungszeugnisse ausbändigen, während zwei junge Leute, Erich Müller, Stroden und Max Göhre aus Jauchwitz zu Gefellen gesprochen wurden.

— **Döhlen.** 90 Jahre alt. Am gefrigen Tage war es Frau Auguste verw. Stein, Waldheimer Str. 36, verstorben, ihren 90. Geburtstag bei voller Gesundheit im Kreise ihrer Kinder zu feiern.

— **Kaschwitz.** Autounfall durch ein unachtsames Kind. Am Sonntag in der Mittagsstunde lief ein noch nicht schulpflichtiger Knabe vor dem Schindlerschen Hause in der Nähe des Kaschwißer-Gärtners Schulhauses über die Fahrbahn der Staatsstraße. Ein von Leisnig kommendes Auto mußte, um den Jungen nicht zu überfahren, so stark bremsen, daß sich der Wagen umlegte. Die 2 im Auto sitzenden Herren wurden durch hilflosere Hände aus dem Auto gehoben; der kleine Junge lief mit einigen Hautabschürfungen in die elterliche Wohnung zurück. Der Wagen war beschädigt, aber noch fahrbar; die Autofahrer erkundigten sich später auf der Rückfahrt nochmals nach dem Befinden des Knaben.

— **Sörnewitz.** Rücksichtsloser Kraftfahrer. Beim Sprengen von Steinen im Sörnewitzer Steinbruch wird bekanntlich durch Posten mit einer roten Flagge die Straße von Dresden nach Weissen geblert, und sämtliche Fußgänger und Fahrzeugführer müssen die wenigen Minuten anhalten, bis der oder die Schiffe sich gelöst haben. So verlangt es die Vorschrift, die von den Verwaltungsbehörden erlassen worden ist. An einem Tage gegen 10 Uhr vormittags, als die Staatsstraße einmal geblert war, verurteilte ein aus Dresden kommender Kraftwagenfahrer trotz des Gelbens des dort stehenden Postens durchzufahren und fuhr dabei dem Posten mit seinem Fahrzeug über beide Hände. Durch das Hinsinken der übrigen dort beschäftigten Arbeiter konnte der Kraftfahrer, der sich sehr ausfällig benahm, gestellt werden. Der Vorgang dürfte ein gerichtliches Nachspiel haben.

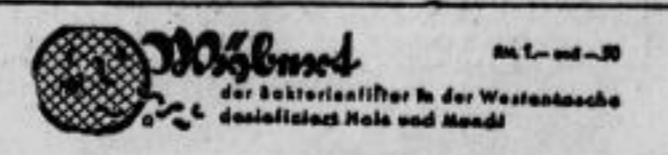
— **Behren.** Pfarrerwahl. Nachdem am Ruhstag die dritte Gastpredigt von Pastor Wägel, Gartha, gehalten worden ist, hat der Kirchenvorstand nunmehr die Wahl getroffen. Sie fiel auf letzteren Geistlichen.

— **Dresden.** Mißglückter Raubüberfall. In der Hauptmarkthalle hat gestern früh vor Mittag ein 23 Jahre alter Arbeiter einen dreifachen Raubüberfall verübt. Er beobachtete einen Händler beim Geldzählen und verfolgte ihn dann auf dem Wege nach seinem in der Markthalle befindlichen Büro. Im geeigneten Augenblick warf er dem Händler Sand in die Augen und entriß ihm die Kasse. Dann flüchtete er nach der Berliner Straße zu, wurde aber von Privatpersonen verfolgt und gestellt. Auf dem Wege nach der Polizeiwache flüchtete der Täter erneut. Schließlich konnte er in einem Abort des Vereins Volkswohl auf der Schäferstraße aufgefaßt und festgenommen werden. Die Kasse hatte er auf der Flucht weggenommen. Sie wurde aber wieder gefunden und dem Geldadienten ausgehändigt.

— **Dresden.** Die Sparmaßnahmen vor den Stadtverordneten. Der Rat hatte den Stadtverordneten ein Schreiben über die bereits gemeldeten neu erforderlichen Sparmaßnahmen zugehen lassen, wodurch neuerlich 6 1/2 Millionen Mark im städtischen Haushaltsplan eingespart werden sollen. Hierzu lagen den Stadtverordneten in ihrer gestrigen Sitzung Anträge der Kommunisten und Sozialdemokraten vor. Oberbürgermeister Dr. Kütz wies darauf hin, daß der Rat vor einem ungedeckten Fehlbetrag von 17 Millionen Mark gestanden habe. In dieser schweren Krise sei rasches Handeln erforderlich gewesen. Die jetzt beschlossenen Abstriche bedeuteten nicht nur Sparmaßnahmen, sondern bedingten die Unterlassung bitter notwendiger Ausgaben. Die Stadt müsse durch Umschichtung zu langfristigen Schulden kommen; sonst werde das Damoclesschwert neuer rigoroser Einsparungsmaßnahmen immer wieder über ihr schweben. Mit Schuld an der Lage sei die ungerechte Politik des Reiches, die den Gemeinden die Erwerbslosenlasten aufbürde. Die Arbeitslosenfürsorge müsse unbedingt von reichsweiten neu geregelt werden. Nach kurzer Aussprache wurde der kommunistische Antrag abgelehnt und der sozialdemokratische Antrag angenommen, wonach die Einsparungen nicht in der vom Räte vorgeschlagenen Form durchgeführt werden sollen, da sonst die Arbeitslosigkeit nur auf Kosten der Minderbemittelten größer würde; der Rat soll die erforderlichen Sparmaßnahmen nicht ohne Mitwirkung der Stadtverordneten vornehmen.

— **Pirna.** Einbrecher am Werk. In der Nacht zum Sonntag drangen unbekannte Einbrecher in ein Tuchgeschäft auf der Reithausstraße ein und entwendeten größere Mengen Stoffe, sowie Herren- und Damenwäsche.

— **Rosenthal-Schweitzormühle.** Diebstahl. In einer der letzten Nächte wurden in der Hiesigen Gegend mehrere Einbrüche verübt. So wurde in Diermsdorf ein Bauernhaus von Einbrechern heimlich-



Der Beginn der Kabinettsberatungen.

Berlin. (Frankfurt.) Das Reichskabinett ist heute vormittag 11 Uhr zusammengesetzt. Damit beginnt eine längere Beratung der Ergebnisse der Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates, die nunmehr vom Reichskabinett in praktische Maßnahmen umgewandelt werden sollen. Es ist anzunehmen, daß die heutige Kabinettsitzung bis um die Nachmittagsstunden hinein fortgesetzt wird. Auch in den nächsten Tagen wird das Kabinett, wie angekündigt, längere Sitzungen abhalten und in etwa 10 Tagen bis zum Beginn der internationalen Verhandlungen seine Beratungen beenden zu haben. Wegen der heutigen Kabinettsitzung ist auch die angekündigte Rede des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich im Haushaltsauschuss des Reichstages vorläufig verschoben worden; Minister Dietrich wird voraussichtlich diese Rede morgen halten.

Reichskabinett berät neue Notverordnung.

Berlin. Nachdem die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates am Montag abgeschlossen worden sind, wird nach

einer Meldung Berliner Blätter das Reichskabinett voraussichtlich schon im Laufe des heutigen Dienstags die Beratungen über die neue Notverordnung beginnen, in der das sogenannte „Winterprogramm“ niedergelegt werden soll. Das Kabinett will seine Arbeiten beschleunigen und womöglich jeden Tag Sitzungen abhalten. Trotzdem rechnet man mit der Fertigstellung der Verordnung frühestens Ende nächster Woche. Neben Maßnahmen rein wirtschaftspolitischer Natur soll die neue Notverordnung auch gewisse Bestimmungen zur Reform der Sozialversicherung in erster Linie der Invalidenversicherung und außerdem noch die Erschließung neuer Einnahmequellen bringen, die weniger dem Reich als vielmehr den sich in ständig wachsenden Schwierigkeiten befindlichen Ländern und Gemeinden zugute kommen soll. In politischen Kreisen erhalten sich die Gerüchte über eine bevorstehende Erhöhung der Umlagen. Es heißt, daß gewisse Regierungsstellen sogar an eine Verdoppelung der Umlagen dächten. Gesprochen wird schließlich auch noch von der Wiedereinführung der Kapitalertragssteuer, die aber diesmal nicht mehr zur Zinsbedeckung, sondern auch zu dem oben erwähnten Zweck der Sicherung der Säuber- und Gemeindefinanz verwendet werden soll.

Die Ortsgruppe Riesa im Reichsbund der Kriegsbefähigten

hielt am 21. 11. 1931 eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Kam. Kuhnert in ehrenden Worten der gefallenen Kameraden des Weltkrieges. Stehend gelobten die Anwesenden das Testament der toten Soldaten heilig zu halten und dafür zu kämpfen, daß die Welt nie wieder ein solches Unglück erleidet.

Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand sodann der Vortrag des Kam. Fritz Hornig zum Hauptversorgungsausschuss über das Thema: „Vorsorgegesundheitsbehandlung und Geldleistungen nach der Notverordnung vom 5. 6. 1931.“ Es muß am Anfang gesagt werden, daß Kam. Hornig diesen schwierigen Stoff in anschaulicher Weise zum Vortrag brachte und durch seine Ausführungen verriet, daß er zu den besten Fachleuten auf diesem Gebiet gehört. Eine Gegenüberstellung des alten Rechtszustandes mit den Auswirkungen der Notverordnung vom 5. 6. 31 ließ erkennen, daß auch auf dem Gebiete der Heilbehandlung den Kriegsbefähigten sehr erhebliche Nachteile erwachsen sind.

Es mag nur hier kurz auf die völlige Angliederung der Art und des Umfangs der Heilbehandlung an die Reichsversicherungsordnung hingewiesen werden, um die Nachteile gegenüber des bisherigen Zustandes sofort erkennen zu können. Die Einschaltung der Versorgungsbehörden bei der Durchführung der Heilbehandlung ist neu, so daß in Zukunft die Versorgungsämter den Krankenlisten bindende Anweisungen erteilen können.

Die künftige Einführung des neuen Reichsbehandlungsscheines werde den davon betroffenen Kriegsbefähigten erhebliche Einschränkungen bringen.

Die Zahlung des Versorgungskrankengeldes sei auf 26 Wochen beschränkt. Wenn Invalidenrente oder Ruhegeld aus der Angestelltenversicherung gezahlt werde, ruhe es vollständig.

Die interessanten Ausführungen wurden beifällig aufgenommen.

Es wurde beschlossen, einem kleineren Kreis das Gehörte durch Vorträge vertiefen zu lassen. Nach Erledigung der übrigen Tagesordnungspunkte konnte der Vorsitzende um 23 Uhr die Versammlung mit dem Hinweis schließen, daß Ratuchende in der Geschäftsstelle in Riesa, Kasernenstraße 1 (ehem. 32 er Kaserne) Mittwoch von 18—19 Uhr und Sonnabend von 15 bis 16 Uhr vorkommen können, wo ihnen unentgeltlich Rechtsauskunft erteilt wird.

Eine ungeheuerliche Brüstierung.

Tempel zum Vorsitzenden der AOK. Dresden ernannt.

* Dresden. Wie der Teunion-Sachsendienst erzählt, ist der ehemalige Präsident der Landesversicherungsanstalt, Tempel, am Montag abend zum ersten Vorsitzenden der Allgemeinen Ortskrankenkasse gewählt worden. Diese kaum glaubliche Nachricht ruft noch einmal die großen Verleumdungen Tempels in die Erinnerung zurück, mit denen sich wochenlang Disziplinarkammer und Disziplinarkhof beschäftigten mußten; sie ruft aber auch die Erinnerung zurück an das Urteil des Disziplinarkhofes, das in der zurecht öffentlichten mit härtestem Befremden aufgenommen und als ein kraßes Fehlurteil empfunden wurde. Es ist lehrreich, die Begründung des Urteils noch einmal kurz nachzulesen. Tempel wird darin vorgeworfen:

Ungehörige Kritik der Anordnungen des Landesversicherungsamtes und gescheiterte Mißbefolgung dieser Anordnungen;

wetter: Unbotmäßiges Verhalten gegenüber der Aufsichtsbehörde;

nichtpfelegliche Behandlung von Anstaltsgebern beim Bau des Verwaltungsgebäudes in der Dürer-Straße; es wäre möglich gewesen, erhebliche Kosten zu sparen.

Auch hinsichtlich der Instandsetzung seiner Dienstwohnung sei Tempel nichtpfelegliche Behandlung von Anstaltsgebern nachgewiesen. Tempels Dienststrafverfahren seien schwerer Natur. Er sei zu bestrafen, weil er ihm anvertraute Gelder nicht pfleglich behandelt habe und weil er zur Aufsichtsbehörde nicht die richtige Fühlung fand. Er habe sich deswegen des Vertrauens unwürdig gezeigt, das ihm als Staatsdiener zustände.

Und einem solchen Mann soll nun die Allgemeine Ortskrankenkasse in Dresden anvertraut werden, in der — wie wir vor einigen Tagen berichteten — bis jetzt allein vier Fälle von erheblichen Veruntreuungen aufgedeckt worden sind?

Die Öffentlichkeit fordert mit aller Entschiedenheit, daß die Wahl Tempels von der vorgesetzten Behörde und nötigenfalls von der sächsischen Regierung sofort für ungültig erklärt wird. Für die Öffentlichkeit muß Tempel ein für allemal erledigt sein.

Frau von Hennigs tragischer Tod aufgeklärt.

* Berlin. Wie die weiteren Ermittlungen der Stettiner Nordkommission zur Aufklärung des Todes der Frau von Hennig am Spätabend des Montag nach einer Meldung des Votalanzweisers ergeben haben, kommt der Gutsbesitzer von Waggow als derjenige in Frage, der die Leiche an dem Baum befestigt hat. Der 29 Jahre alte Föhrer gab bei seiner Vernehmung zu, daß er, obwohl er Gutsbesitzer war, keinen Jagdschein besaß. Nach seiner Behauptung hatte er von dem Gutsbesitzer den Auftrag erhalten, die Gutsbesitzerin ohne Rücksicht auf den Wald-

besitz mit Fleisch zu versorgen. Diesen Auftrag führte der Föhrer aus und schoß so ziemlich alles, was ihm vor den Lauf kam. Die Zeit seiner Unwesenheit im Jagdrevier genügte anscheinend noch nicht, um das benannte Wild-Reich herbeizuschaffen. Deshalb kam er auf den Gedanken, auf einem viel begangenen Wechsell von Rotwild nach Wildererart eine Legebrücke anzubringen, um auch etwas zu schießen, wenn er nicht im Revier wäre. Ob der Gutsbesitzer von dieser Art des Föhrers, seinen Auftrag auszuführen, Kenntnis hatte, steht noch nicht fest. Es hat sich ferner herausgestellt, daß Herr von Hennig seine Frau am Arm führte, als sie den Wildwechsel betrat, auf dem sie der Schuß aus der Legebrücke traf.

Ein Landwirt ermordet.

Königsberg. In Rothau bei Graßlich wurde der 67-jährige Landwirt R. T. neben dem Düngerhaufen ermordet aufgefunden. Nach den Ermittlungen war Rettich während des Schlafes überfallen und durch einen Schlag mit einer Hacke am Hals schwer verletzt worden. Rettich stürzte, wurde aber an der Hoftür vom Täter eingeholt, durch weitere Schläge getötet und dann zum Düngerhaufen geschleppt. Rettich war trotz seines hohen Vermögens, das auf mehr als eine halbe Million Kronen geschätzt wird, geizig. Er soll sich mit dem Gedanken der Wiederverheiratung getragen haben, worüber er mit seinen Töchtern öfter in Streitigkeiten geriet. Der Täter ist noch unbekannt.

Raubüberfall auf einen Kassenboten.

9000 Mark geraubt.

* Breslau. Der 66 Jahre alte Kassenbote des Breslauer Bankvereins wurde gestern mittag von zwei Männern im Alter von 23 bzw. 28 Jahren überfallen, die ihm eine Aktentasche, enthaltend 9000 Mark Papiergeld, entziffen und in einem bereit stehenden Kraftwagen unerkannt entführen. Der Kraftwagen — eine vierköpfige Adler-Simonkne — trug die Wagennummer J R 58768. Die Versicherungsgesellschaft hat eine Belohnung von zehn Prozent des wieder herbeigeschafften Betrages ausgesetzt.

Hindenburgs Beileid zum Tode des Generals von Rudras.

Schwerin. Reichspräsident von Hindenburg hat am die Witwe des verstorbenen Generals von Rudras folgendes Beileidstelegramm geschickt: „Tief bewegt vom Leidgang Ihres Herrn Gemahls sende ich Ihnen den Ausdruck innigster Teilnahme. Ich werde dem Verewigten, der mir ein lieber Kamerad und werter Gehilfe gewesen ist, ein treues Gedenken bewahren. Gott tröste Sie.“

Die Beileidigung findet am Mittwoch nachmittag vom Speyerhause der Schweriner Grenadier-Kaserne aus statt. Die Beileidparade wird von der gesamten Garnison Schwerin gestellt.

Wohnungsausschuss des Reichstages.

Berlin. (Frankfurt.) Der Wohnungsausschuss des Reichstages setzte heute die Beratung der Entwürfe verschiedener Vorschläge zur Förderung des Kleinwohnungsbaues, Senkung der überhöhten Neubausumien und Ausführung eines Wohnungsbauprogramms fort. Zunächst wurde beschlossen, die Regierung aufzufordern, am Mittwoch dem Ausschuss Auskunft zu geben über die Reaktionsabläufe in der Wohnungspolitik, wie sie in der Ansprache des Reichstagspräsidenten in der Schlussagung des Wirtschaftsbeirates angedeutet worden sind.



Es muß die echte sein

Nicht Lebertran, sondern Scott's Emulsion gibt man seit Jahrzehnten den Kindern als Stärkungsmittel für schwache Knochen sowie als Vorbeugungsmittel gegen Englische Krankheit und Scrophulose. Scott ist ein ideales Kräftigungsmittel für werdende und stillende Mütter in Folge des hohen Gehaltes an Vitaminen und Phosphor in organischer Bindung. In allen Apotheken und Drogerien verlange nur



Depots: Stadt-Apothek, Dr. Arnold, Reichs-Apothek, Kollmer, Central-Drogerie, Fürster, Gr 3 b a; Anker-Apothek; Drogerie Otto.

Sie erben in der Hauptfache Kleidungstücke. Beim Einbruch in eine Gastwirtschaft fiel den Tätern die Geldkassette mit 10 Mark Inhalt, sowie ein Posten Zigarren und Zigaretten in die Hände. In der gleichen Nacht wurde auch in Raum, Amst. Pina, in ein Gasthaus eingebrochen. In diesem Falle mußten sich die Täter mit einer geringen Menge Lebensmittel begnügen. Man vermutet, daß alle Einbrüche von denselben Tätern ausgeführt wurden.

* Waagen. Der Aug des Unglücks. Am Sonnabend nachmittag wurde in Jentzsch das 8-jährige Söhnchen des Schneidermeyers Weler von einem Kraftwagen erfasst und gegen eine Mauer geschleudert. Der Knabe erlitt so schwere Verletzungen, daß er in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus gebracht werden mußte. — Am Sonntag schieden hier 2 Personen freiwillig aus dem Leben. Ein im Stadtteil Seibau wohnhafter 42 Jahre alter Kellervertreter erkrankte sich, während eine 18-jährige Aufwärtlerin in ihrer elterlichen Wohnung Selbstmord durch Einatmen von Leuchtgas beging.

* Leipzig. Ein Lotterieschwinder ermittelt. In enger Zusammenarbeit zwischen der Lotteriedirektion, einem Kollekteur und der Kriminalpolizei ist es gelungen, einen Lotterieschwinder festzunehmen. Es ist ein 19-jähriger Marktbesitzer von hier. Er hat in den letzten Tagen an Lotteriegeldern sich die Nummern von ausgehändigten Losen notiert und ist damit in den Spielraum der Staatslotterie eingedrungen. Hier beobachtete er, ob die Lose mit Gewinn oder Einfluß gezogen wurden und bezog sich in diesem Falle an dem Kollekteur, von dem er das Los kaufte, ehe der Kollekteur wußte, daß das Los gezogen war. Auf diese Weise wollte er sich im den Besitz des auf das gezogene Los entfallenden Betrages setzen. Bei der Vorlegung des Loses wuchs Anstaltung des gezogenen Betrages schloß der Kollekteur Verdacht und veranlaßte die Festnahme des Betrügers. Er ist gekündigt, jedoch hat er mit seinem Betrugsmanöver noch keinen Erfolg zu verzeichnen gehabt.

* Leipzig. Lebensmilde Menschen. Am Montag gegen 8 Uhr wurden in einem Grundstück der Fohlgauer Straße der dort zur Untermiete wohnende 22 Jahre alte Wädler-Geselle W. und die bei ihm zu Besuch weilende 17 Jahre alte Hausanestellte Martha G. gasvergiftet aufgefunden. Wiederbelebungsvoruche mit dem Sauerstoff-Apparat hatten bei beiden Erfolg. Das Mädchen war in einer Erziehungsanstalt untergebracht und hatte über Sonntag Urlaub erhalten. Die Hausangestellte wollte nicht wieder in die Anstalt zurückkehren, und da die jungen Leute damit rechnen mußten, daß das Mädchen zwangsweise zurückgebracht werden würde, verfluchten sie gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. — Am Montag um 9 Uhr ist im Fohlgaben bei Waugh eine männliche Leiche gelandet worden. Der Mann ist vollständig abgemagert. Die Polizei nimmt Selbstmord an. In der Nähe des Fundortes fand man noch eine Bekleidungsstücke, eine Schultasche, sowie einen Zettel mit der Aufschrift: „Wir haben kein Essen und Trinken mehr und liegen in der Umgegend erschöpft. Sucht uns!“ Der Fohlgaben und seine Umgebung sind sofort genau abgesehen worden.

* Chemnitz. Von Einbrechern beschossen. Sonntag früh in der vierten Stunde wurde ein 32 Jahre alter Zementeur in seinem Schrebergarten, der sich in der Eisenbahnerstraße am Waldbrand befindet, von Einbrechern überfallen und angeschossen. Er wurde so schwer verletzt, daß sich seine Aufnahme ins Krankenhaus notwendig machte. Die drei 25 bis 30 Jahre alten Einbrecher sind unerkannt entkommen.

* Chemnitz. Reichspräsident von Hindenburg als Pate. Reichspräsident von Hindenburg hat für das zehnte Kind (7. Sohn) der Edelente Dörr, Färberstraße 3 Wohnhaft, die Patenschaft übernommen und der Familie ein Glückwunschschreiben und ein Geldgeschenk übersandt.

* Chemnitz. Zauna der westfälischen Kohlenhändler. Hier fand am Montag eine außerordentliche Versammlung der Kohlenhändler des westfälischen Bezirks statt, in der nach eingehender Aussprache über die Umbildung des Mitteldeutschen Braunkohlenyndicates und die Forderungen des Kohlenplahhändlers folgende Entschlüsse nahen einstimmig angenommen wurde: Die auf Einladung des Landesverbandes westfälischer Kohlenhändler in Chemnitz versammelten Kohlenplahhändler bekräftigen die Bestrebungen des Landesverbandes, bei der bevorstehenden Umbildung des Mitteldeutschen Braunkohlenyndicates die Belange des Kohlenplahhändlers mit Nachdruck zu vertreten. Sie billigen die Forderung, daß die bisherigen Kauf- und Lieferungsbedingungen auch von dem neuen Syndikat übernommen werden und stellen sich geschlossen hinter den Landesverband.

* Aue. Bergschäden im sächsischen Steinkohlengbiet. Am Sonntag fand hier unter Vorsitz des Landtagsabgeordneten Dentchel eine Versammlung von Vertretern der Daus- und Grundbesitzervereine der Steinkohlengreviere Zwidau und Auaun-Oelsnitz statt. Es wurde besonders auf große Schäden hingewiesen, die an Wohnhäusern, Industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Anlagen in den Gebieten des Steinkohlensbergbaues aufgetreten sind. Die Bergschäden seien derart, daß durch sie die Besitzer der betreffenden Grundstücke nachgerade in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht seien. Bereits vor einiger Zeit hat der Hausbauausschuss B des Landtages die Bergschäden in beiden Revieren bekräftigt. In anbeacht der Notlage der Bergschadigen werde sich der Landtag in nächster Zeit erneut mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben, wobei insbesondere festzustellen sei, ob ein Verschulden der Bergbauunternehmer und der Bergbauaufsichtsbehörde vorliegt.

* Zwidau. Eine Motorrad-Diebesbande vor Gericht. Vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Zwidau hatten sich acht Einwohner aus Hohenstein-Ernstthal wegen gemeinschaftlichen Diebstahls, Begünstigung und Hehlerei zu verantworten. Sie hatten in den Jahren 1930 und 1931 in vielen Orten der Hohenstein-Ernstthaler Umgebung Motorraddiebstähle ausgeführt. Die gestohlenen Fahrzeuge wurden, ehe man sie weiterverkauft, auseinandergenommen und umgearbeitet. Der Bande konnten insgesamt 18 solcher Diebstähle nachgewiesen werden. Das Gericht verurteilte die Haupttäter zu Zuchthausstrafen von 1½ bis 2½ Jahren. Vier Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen, während einer freigesprochen wurde.

* Dessau. Ein interessanter archaischer Fund. Einen interessanten archaischen Fund machte Oberst a. D. Schwabe in der waldhütischen Landesbibliothek in Dessau. Es handelt sich um militärgeographische Kartenmappen des Alten Dessauers und seiner Nachkommen. Das von Oberst Schwabe gefundene Material ist in der Landesbibliothek ausgestellt.

* Görlitz. Töblich verunglückt. Am Sonnabend früh verunglückte der 19 Jahre alte Droghlenlehrling Subich mit seinem Motorrad auf der Fahrt nach Kleinneundorf töblich. Er wurde bei Kleinneundorf gegen einen Breckstein und erlitt beim Sturz einen töblichen Schädelbruch.

Unsere Sonderverkaufstage

enden morgen Mittwoch, den 25. Nov.

Die bekanntgegebenen Riesaer Textilhandelsfirmen

Amtliches

In das hiesige Handelsregister ist am 20. November 1931 eingetragen worden auf Blatt 741, betr. die Firma Mitteldeutsche Stahlwerke, Aktiengesellschaft in Riesa: Durch Beschluss der Generalversammlung vom 25. September 1931 ist § 2 des Gesellschaftsvertrages — betr. den Gegenstand des Unternehmens — durch folgenden Zusatz geändert worden: Die Gesellschaft ist befugt, Interessengemeinschaftsverträge und sonstige Verträge über die Gewinnverteilung mit anderen Gesellschaften abzuschließen.

Amtsgericht Riesa, den 23. November 1931.

In das hiesige Handelsregister ist am 24. November 1931 eingetragen worden auf Blatt 306, betr. die Firma Gebrüder Schöndorfer in Riesa: Der Dr. rer. pol. Karl Heinz Schöndorfer in Riesa ist in die Gesellschaft eingetreten. Er ist berechtigt, die Gesellschaft allein zu vertreten.

Amtsgericht Riesa, den 24. November 1931.

Freibank Heyda.

Mittwoch früh 8 Uhr frisches Rindfleisch, Pfund 40 Bfa.

Freibank Mehltheuer.

Mittwoch nachm. 3 Uhr junges fettes Rindfleisch, Pfund 50 Bfa.

Gucklitzschänke.

Jeden **Tanzdielenbetrieb**
Mittwoch
Sonnabend u. Sonntag — P. Marx u. Frau

Hotel Höpfer, Riesa

Donnerstag, den 26. November
abends 8,15 Uhr

Demonstrations-Vortrag
des Astrologen G. E. Lehmann
auf Grund wissenschaftlicher Prognosen
der Astrologie.

Welt-Ereignisse u. Menschen-Schicksale 1932.

Horoskop: Reichspräsident v. Hindenburg
Dr. Brüning, Hitler, Severing
Thälmann, Hoover, Laval, Briand
Mussolini, Deutschland, Frank-
reich, England, Italien, Ruß-
land, Japan, China.

Die Sterne Ihres Schicksals!

Deutschlands Schicksalsstunde ist da!
Schicksalswende od. Untergang???

Was wird werden???

Ende der Wirtschaftskrise 1932?

Kommt Hitler als Diktator 1932?

Mussolinis u. Italiens Schicksal!

Steht ein neuer Weltkrieg bevor?

Herrn und Damen aller Kreise kommen
Sie u. hören Sie sich diesen hochinteressan-
ten, rein wissenschaftlichen Vortrag an,
Sie werden dann ruhiger und vertrauens-
voller in die Zukunft schauen.

Ein Horoskop führt zum Erfolg!

Eintrittskarten: Mk. 0,50 0,80 1.—
Erwerb. geg. Vorzeigung d. Karte 0,30

Bedeutende Kreisärzte sagen:

„Hohma-Brot“

Ist in der Lage, auf Magen und Darm günstig
einzuwirken. 85% aller Menschen leiden an Magen-
und Darmstörungen. Machen Sie bitte heute noch
einen Versuch mit „Hohma-Brot“.

Verkauf erfolgt nur in der Hohma-Brotfiliale. Wenn
nicht, weist man zurück. Zu haben bei Bäckern

Werner, Bismarckstraße
Köhler, Goethestraße
Quaas, Großenhainer Str.
Karl, Vaulther Straße
Richter, Pappiger Straße
Lehmann, Goethestraße
Hüttenkauf, Bahnhofstr.
Berg, Hauptstraße
Thiere, R.-Gröba

Pahlitz, R.-Gröba
Müller, Reuschstraße
Lederer, Riberau
Gey, Pappiger
Gey, Rühnberg
Schroth, Zeithain
Schroth, Glaubitz
Trollie, Gehlitz
Dölich, Richtenlee

Abonnieren Sie die

ElegantWelt

Das tonangebende
Mode- und Gesellschaftsblatt
PREIS PRO HEFT 1 RM
QUARTAL 6 RM
Probenummern gratis, franko

Verlag: Dr. Selle-Eysler A.G. Berlin SW68

An alle Hausfrauen in Riesa.

Jeden Mittwoch und Sonnabend
am Wochenmarkt, empfehle ich in Qualität
Kochfleisch 1/2 Pfd. 80, im Pfd. nur 1.40, Schinken-
speck 1/2 Pfd. 70, im Pfd. nur 1.20, Wurstfleisch, pa., Pfd.
1.—, Brat- und Rettich Pfd. 1.—, Jagd- und
Polnische Pfd. 1.—, Altdeutsche u. Knodiansche Pfd. 1.—,
Blut- und Leberwurst Pfd. —.80, Schweinshaut,
gepöfelt, Pfd. —.90, Schweinshamm, gepöfelt, Pfd.
1.—, Schweinszungen, gepöfelt, Pfd. 1.40, frische
Bratwürste, Stück 25 Bfa.

Hauswirtschaftl. Manns, Döbeln

Auch wir wollen helfen!

Zur Linderung der Not unserer
erwerbslosen und der in beson-
ders bedrückter Notlage befind-
lichen Mitglieder unserer Genos-
senschaft, haben wir wiederum in
diesem Jahre einen Betrag von

10 000 Reichsmark

zu einer Weihnachts-Spende

bereitgestellt. Wir ersuchen die
Mitglieder, die für die Weihnacht-
spende in Frage kommen, sich in
ihrer Verteilungsstelle umgehend
einen Fragebogen zu holen

Riesa, den 24. November 1931

Bezirks-Konsum- u. Spar- verein „Volkswohl“ e.G.m.b.H.

Riesa

Reichshof Zeithain

Neue Bemittlung.

Morgen Mittwoch Dielenbetrieb

Morgen Mittwoch
und Freitag wieder
warme Häuerberinge
sowie täglich frische
Bäcklinge und Brotten.

Max Mehner.

Ferkel
u. Läufer-
schweine
zu verkaufen.
H. Gantzsch, Gröba.

Prima
Kaffeeferkel
u. Läufer-
schweine zu verkaufen
Glaubitz Nr. 11.



Ihre Weihnachtsgänse Herr Landwirt

können Sie viel schneller
und vorteilhafter durch eine
kleine Anzeige im Riesaer
Tageblatt verkaufen.

Bartfischchen.

Morgen Mittwoch
Ergebnis labet ein
Germ. Vogel.

Bekern mittag entschließ sanft nach
schwerem Leiden unsere gute, treuerzogene
Mutter, Groß- und Urgroßmutter, Frau
Pauline verw. Gaserkorn
im Alter von 86 Jahren.
In stiller Trauer die Hinterbliebenen.
Riesa, Kötterberg 4, 24. Nov. 1931.
Beerdigung erfolgt Donnerstag 1/2 Uhr
von der Friedhofshalle aus.

Am 18. November 1931 verschied unter
lieber Sportsfreund, der Garkoch
August Hüttig.
Wir verkleiden in ihm einen unserer
treuesten Anhänger und Förderer unserer
Sportsache. Wir werden ihm stets ein
ehrendes Gedächtnis bewahren.
Riesa, am 24. Nov. 1931.
Boyer-Club, Stg München
Ordungsgrube Riesa.
Otto Schliefer, Vorkämpfer.

Für die vielen Ehrungen, die uns beim Heimgange unseres
lieben Entschlafenen, des Herrn Privatus

August Hüttig

sei es durch Wort, Schrift, Blumenschmuck oder ehrenvolles
Gefühl, zuteil wurden, sagen wir nur hierdurch unseren
aufrichtigsten, herzlichsten Dank.

Riesa, den 24. November 1931
Restaurant Feldschlösschen.

Pauline verw. Hüttig und Kinder.

Fabelhaft

werden Sie sagen, wenn Sie

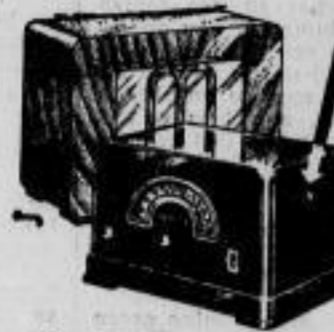
MEUDE 108

mit eingebautem
Selektionskreis

gehört u. selbst bedient haben.
Eine Station nach der anderen
u. dabei kostet der MEUDE 108
nur RM. 108.— ohne Röhren.
Selbst in der Nähe eines Groß-
senders haben Sie guten Fern-
empfang, denn dafür sorgt der
eingebaute Selektionskreis.

MEUDE 108

Ist lieferbar für Gleich- und
Wechselstrom, leicht bedien-
bar, klug- und formschön,
besitzt ein geschmackvolles
Gehäuse aus Isolierstoff, Ein-
knopfbedienung, und ist ab-
solut frei von Netzgeräuschen.



MEUDE 108

In Verbindung mit einem MEUDE-Lautsprecher
L 48 oder L 54

die schönste Weihnachtsfreude

Nur in Fachgeschäften erhältlich

Montageapparate sind in folgenden Geschäften zu haben: Max Arnold, Goethestraße 65,
A. Grottschel, Großenhainer Str. 5, Hermann Haftmann, Hauptstr., Radio-Koch, Haupt-
straße, Willy Rasch, Großenhainer Straße 9, Fritz Ranft, Gröba, Lanchhammerstraße 23.

Gasthof Mergendorf.

Morgen Mittwoch nachm.
Kaffee u. Brantuchen.

Morgen
Mittwoch
Schlachtfest.
Früh 7,9 Uhr
Wellfleisch,
später fr. hausf. Wurst,
Gallertschüssel, Godebeter.
M. Gumlich, Goethestr. 55
Rabattmarken.

Welt. H. Arbeitspferd
Dr. oldens. Stute, perf.
Fischer, Schönitz.

Vereinsnachrichten

Turnverein Riesa (DT) e. V. Morgen Mittwoch
20.30 Uhr Turnratsitzung Wettiner Hof.
Guts-Moll-Frauenverein. Donnerstag, 3. Dez.
Jahreshauptverf. im Wettiner Hof. Anf. 4 Uhr.
Kunstverein Riesa. Donnerstag, 3. Dez. 11. abends
8 Uhr in Volkshaus Vorträge des Herrn
Ing. Lange über „Kurzweilen“. Zahlreiches
Erscheinen erwünscht.
D.D.R. Riesa. Einladung des Altdeutschen Verbandes
zum Vortrage des General Bismarck 27. 11. 31
20 Uhr Giltstraße.

Achtung Hausfrauen! Bei den billigen Leipziger
morgen auf dem Markt nochmals (pottdillig):
1. stützenweißen Blumenobl. 2. goldgelbe Bananen,
billig, 3. Voll- und Fettberinge in bekannter Güte,
billig, 4. faure Gurken, prima im Geschmack.

Kohn - Leipzig, Obst — Gemüse — Südfrüchte.

Jg. Witwe sucht Wohnung

Stube u. Küche, monatl.
8-10 RM., od. 1 Zimmer.
Offerten unter W 1552a
an das Tageblatt Riesa.

Freie Wohnung (3 Räume)
zu vermieten. Nähe Bahnh.
Seerhausen. Off. u. M 1547
an das Tageblatt Riesa.

10000 RM.
als 1. Hypothek auf Mieten-
grundstück aus Privatb.
baldisst gesucht. Off. unt.
P 1548 a. d. Tagebl. Riesa.

800.- RM.
Darlehen von Geschäftsm.
a. 1 Jhr. gesucht. Werte
Offerten unter T 1561
an das Tageblatt Riesa.

Landwirtschtochter
hübsche Gröba, 26 J., wirt-
schaftl. u. liebes, m. kompl.
Bücher u. Möbelaussteuer,
mühs. Ehe m. H. Beant.
Off. R 1549 a. d. Tagebl. Riesa.

Wer Geschäfte
machen will —
muß inserieren

30-jährige Witwe sucht
Stellung als
Wirtschafterin
ohne Gehalt. Angeb. unt.
U 1552a a. d. Tagebl. Riesa.

Junger, taub. Mann
zum Warenaustragen gel.
zu erf. im Tagebl. Riesa.

Lierlieb. sucht hübschen
Schoßhund
(außer Dackel, Weppinscher)
billig zu kaufen. Off. unt.
S 1560 a. d. Tagebl. Riesa.

Puppenwagen mit Puppe
s. verf. Schützenstr. 18, 1. l.

Kauf gebrauchte
Schallplatten
jeden Donnerst., Freit. u. Sonnab.
Riesa, Schulstr. 1 (Laden).



Da stehen wir nun nutzlos herum,

anstatt durch eine kleine
Anzeige im Riesaer Tage-
blatt verkauft zu werden.
Jedenfalls bekäme unser
Besitzer doch immerhin
einen ganz netten Beitrag
für die Weihnachtseinkäufe
zusammen!

Kaffee direkt ab Lag.
Santos 185-210, Qua-
tem. 224-285, Berl. sehr
kräft., 2.44 Berl. gegen
Nachn. Rühn, Hamburg-
Blantzen, Köterweg 4

V. A. O. D.
Mittw., 25. 11., 1/4 Uhr
Schw.-Biff. im Heim.
8 Uhr Selba. III.

Wöchlich und unerwartet
verchied heute mittag
mein lieber Mann, unter
guter Vater und Großvater

Herr Reinhold Ecknig
im Alter von 65 Jahren.
Gröba, 23. 11. 31.

In tiefer Trauer
Elna Ecknig und Kinder.

Die Beerdigung erfolgt
Donnerstag 1/2 Uhr von
der Friedhofshalle aus.

Die Beerdigung erfolgt
Donnerstag 1/2 Uhr von
der Friedhofshalle aus.

Die Beerdigung erfolgt
Donnerstag 1/2 Uhr von
der Friedhofshalle aus.

Die Arbeiten des Wirtschaftsbeirates.

Die Schlußfolgerungen bieten keinen neuen Gesichtspunkt. Gleichzeitige Senkung von Preisen und Löhnen. — Außerdem Senkung der Mieten, Zinsen und Tarife vom Wirtschaftsbeirat gefordert.

Das Kommuniqué über die Schlußfolgerung des Wirtschaftsbeirates.

(Berlin. Amtliche Fassung.) Unter dem Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten, der sich zu diesem Zweck in die Reichskanzlei begeben hatte, fand bekanntlich gestern vormittag die Schlußfolgerung des Wirtschaftsbeirates der Reichsregierung statt.

Reichskanzler Dr. Brüning fasste das Ergebnis der in den Ausschüssen des Wirtschaftsbeirates an der Hand sorgfältiger Fragestellung getätigten Arbeiten folgendermaßen zusammen:

1. Die Aufgabe.

Der Wirtschaftsbeirat schloß sich der Auffassung der Reichsregierung, wie sie in dem Briefwechsel zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung zur Zusammenberufung des Wirtschaftsbeirates und der Eröffnung der Arbeit des Wirtschaftsbeirates an der Hand sorgfältiger Fragestellung getätigten Arbeiten folgendermaßen zusammen: Der Wirtschaftsbeirat schloß sich der Auffassung der Reichsregierung, wie sie in dem Briefwechsel zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung zur Zusammenberufung des Wirtschaftsbeirates und der Eröffnung der Arbeit des Wirtschaftsbeirates an der Hand sorgfältiger Fragestellung getätigten Arbeiten folgendermaßen zusammen: Der Wirtschaftsbeirat schloß sich der Auffassung der Reichsregierung, wie sie in dem Briefwechsel zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung zur Zusammenberufung des Wirtschaftsbeirates und der Eröffnung der Arbeit des Wirtschaftsbeirates an der Hand sorgfältiger Fragestellung getätigten Arbeiten folgendermaßen zusammen:

2. Notwendige Voraussetzungen.

Der Wirtschaftsbeirat hat an Wunsch der Reichsregierung Fragen der öffentlichen Staatswirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden im einzelnen nicht erörtert, ist aber mit Reichsregierung und Reichsbank der Auffassung, daß erste Voraussetzung einer Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft der Ausgleich der Haushalte im Reich, bei der Reichsbahn, in Ländern und Gemeinden ist, da auch eine gesunde Privatwirtschaft erst auf dem Boden einer gesunden Staatswirtschaft erwachsen könne. Hierbei herrsche Uebereinstimmung darüber, daß auf die Dauer die deutsche Wirtschaft nicht in der Lage sei, öffentliche Lasten in der jetzigen Höhe zu tragen.

Ferner sei es zur Wiedererweckung und Festigung des Vertrauens um die deutsche Wirtschaft im In- und Ausland notwendig, daß außer der dringend gebotenen Klärung der Reparationsfragen rechtzeitig vor Ablauf des Stillhalteabkommens eine Neuregelung über die in Deutschland inaktiven ausländischen Kredite hinsichtlich Verzinsung, Amortisation und Sicherstellung geschaffen werde. Der Wirtschaftsbeirat verweist hinsichtlich dieses Punktes auf die bereits abgeschlossenen Arbeiten seines zunächst einzuleitenden Unterausschusses in Zusammenarbeit mit der Reichsregierung. Für eine weitere Behandlung dieses Problems, die vermutlich erforderlich werde, stellt sich der Wirtschaftsbeirat durch seinen Unterausschuß dem deutschen Schuldnerkomitee weiterhin bereitwillig zur Verfügung.

Uebereinstimmung zwischen Reichsregierung und Wirtschaftsbeirat bestand darüber, daß eine weitere notwendige Voraussetzung umfassender wirtschaftlicher Maßnahmen eine baldige und klarere Regelung des Verhältnisses zwischen der öffentlichen Hand und dem privaten Bankensystem sei, weil die im Juli d. J. in dem Monat der Bankenkrisis getroffenen notwendigen Regelungen selbstverständlich nur als Provisorium anzusehen sind.

3. Preisbildung.

Im Rahmen der unter Ziffer 1 umschriebenen Aufgaben des Wirtschaftsprogramms liegt nach Auffassung des Wirtschaftsbeirates in erster Linie eine Einwirkung auf Preise und Löhne. Unter Voderung der Bindungen, die auf beiden Gebieten bestehen, werden sie in Uebereinstimmung miteinander gleichseitig herabgesetzt werden müssen, um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft zu vermeiden. Insbesondere sind die gebundenen Preise einem neuen Preisniveau anzupassen. Eine systematische Aufhebung sämtlicher Preisbindungen wird jedoch zur Erreichung dieses Zieles nicht empfohlen; auch sind die erforderlichen Preisfaltungen zunächst nicht durch eine prozentuale gleichmäßige Verminderung der gegenwärtigen Preise und Preisspannen herbeizuführen. Dagegen sind Richtlinien aufzustellen, nach denen eine dem neuen Preisniveau entsprechende Preislage bei allen gebundenen Preisen herbeigeführt wird, die bisher auf einem zu hohen Stande beharren. Sofern eine freiwillige Anpassung der Preise an diese Richtlinien nicht eintritt, erscheint eine sofortige Aufhebung der Bindungen erforderlich.

In der Erörterung der Preise stellte der Wirtschaftsbeirat fest, daß die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Güter in weitem Ausmaße unter dem allgemeinen Preisniveau liegen. Der Wirtschaftsbeirat hält daher einen Ausgleich und eine Verringerung der in vielen Gegenden noch besonders hohen Preispannen für geboten. Hierbei wären nach englischem Beispiel die Einlegung von Aus-

schüssen erwerbswert, die an Hand der Welt- und Großhandelspreise die angemessenen Kleinhandels- und Verkaufspreise mit anderen Bezirken veröffentlichen. Ebenso erscheint dem Beirat die Anregung beachtlich, daß durch Anstöße in den Läden und andere Vorkehrungen die Preise, insbesondere der Lebensmittel, öffentlich bekanntgegeben werden.

Im Rahmen eines ausreichenden Gesamtprogramms erscheint eine entsprechende Senkung von Löhnen und Gehältern unvermeidlich. Dabei muß der Grundgedanke des Tarifvertrages erhalten bleiben. Auch könnte er ohne die gefühlte Unabhängigkeit seine wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben nicht erfüllen. Auch auf dem Gebiete des Schlichtungswesens erscheinen gesetzliche Änderungen zur Zeit nicht erforderlich, dagegen ist eine veränderte Handhabung notwendig. Insbesondere soll die Verbindlichkeitsklärung durch Stärkung der Zusammenarbeit und Selbstverantwortung der Tarifparteien eingeschränkt werden. Der Inhalt der Tarifverträge muß sich mehr als bisher der wirtschaftlichen Entwicklung anpassen, damit in der bedrängten Lage der Wirtschaft und bei dem geringen Grad der Beschäftigung Erleichterungen erzielt werden können. Bei dieser Auflockerung der Tarifverträge sind örtliche Verschiedenheiten, zeitliche Veränderungen, branchenmäßige und betriebliche Unterschiede, die Leistungsunterschiede der einzelnen Arbeitnehmerkategorien insbesondere zu berücksichtigen.

4. Kredit und Zins.

Der Wirtschaftsbeirat bekräftigt die Auffassung der Reichsregierung und der Reichsbank, daß alle Maßnahmen abzuheben sind, die zu einer Inflation führen könnten. Er ist demzufolge der Auffassung, daß alle notwendigen Kreditmaßnahmen im Rahmen der Organisationen der Reichsbank durchgeführt werden müssen. Der Zeitpunkt für geeignete Maßnahmen der Reichsbank auf diesem Gebiete hängt davon ab, daß es gelingt, die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen zu schaffen und dadurch das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft im In- und Ausland auf breiterer Basis wieder zu beleben. Es erscheint dem Wirtschaftsbeirat erforderlich, daß dann sofort die Reichsbank ihre Kreditpolitik dieser neuen Lage anpaßt und dadurch die Beschäftigungsmöglichkeiten der Wirtschaft erweitert. Aufgabe der Reichsregierung und Reichsbank ist es auch, alle erforderlichen und möglichen Maßnahmen zur Stärkung des Devisenvorrates zu treffen.

Hinsichtlich der Zinsen ist der Wirtschaftsbeirat übereinstimmend der Auffassung, daß eine Senkung des Zinsniveaus für die gesamte deutsche Wirtschaft vom Geldmarkt aus als unbedingt notwendig anzustreben ist.

Auf dem Geldmarkt sind die Zinsen der Einlagen bei den Kreditinstituten die Grundlage der Zinsen für die Darlehen, die diese gewähren. Um in der schweren Zinsbelastung der Wirtschaft Erleichterungen zu schaffen, müssen demgegenüber die Habenzinsen auf einen angemessenen Satz ermäßigt werden. Gleichzeitig sind die Zinsspannen zwischen den Habenzinsen und den Zinsen der Ausleihungen zu verringern, wobei der Wirtschaftsbeirat feststellt, daß in der letzten Zeit der Gedanke des Risikoausgleiches zu stark betont worden sei. Der Risikoausgleich muß in Zukunft individueller festzulegen sein, was von selbst zu einer Erleichterung der Kreditbedingungen für gute Schuldner und einer Ablehnung schlechter Risiken und damit auch zu sparsamerer Kapitalwirtschaft führen wird. Auch sind Maßnahmen gegen jede ungesunde Kreditkäufung vorzusehen.

Senkung des Zinsniveaus auf dem Kapitalmarkt in Wechselwirkung zu den Zinsermäßigungen auf dem Geldmarkt hält der Wirtschaftsbeirat für dringend erwünscht. Die Ansichten über die Wege, die zu diesem Ziele führen können, waren geteilt. Einmütig aber wünschte der Beirat eine Einflußnahme der Reichsregierung auf die großen Träger des langfristigen Kredits, damit diese unter Rücksichtnahme auf die bei Durchführung des Wirtschaftsplanes zu schaffende neue Lage auch ihrerseits bei Verlängerung von Hypotheken den Zinsfuß ermäßigen, und daß sie dabei von Erhebung besonderer Gebühren absehen.

Allgemein hält es der Wirtschaftsbeirat für geboten, daß alle diese Maßnahmen möglichst auf Grund freier Vereinbarungen der Beteiligten getroffen werden. Er empfiehlt aber, daß die Reichsregierung den Abschluß dieser Abmachungen mit allem Nachdruck fördert.

5. Öffentliche Tarife.

Zur Herabsetzung der allgemeinen Lebenshaltungskosten, die bei Senkung von Löhnen und Gehältern zu einer unbedingten Notwendigkeit wird, ist vor allem eine Senkung der Tarife der öffentlichen Unternehmungen erforderlich. Der Wirtschaftsbeirat erkennt an, daß in dieser Hinsicht die Reichsbahn ihre tatkräftige Mitarbeit zugesagt hat. Wenn auch eine Senkung der Personentarife und eine allgemeine Senkung der Frachten nicht möglich erscheint, so ist die von der Reichsbahn in Aussicht gestellte Senkung der Reichsbahn-Tarife für einzelne für die Volkswirtschaft besonders wichtige Güter von größter Bedeutung, ebenso wie die Zulassung der Reichsbahn, für besonders notleidende Bezirke und Wirtschaftszweige unter Ausschluß von Berufungen Sonderstarife einzuführen.

Der Wirtschaftsbeirat hat davon zutunehmend Kenntnis genommen, daß die Reichsregierung es als ihre unabweisliche Aufgabe ansieht, durch nachdrückliche Einwirkungen auf die zuständigen Landes- und Kommunalbehörden auf eine fühlbare Herabsetzung aller übrigen öffentlichen Tarife,

vor allem bei Straßenbahn, Gas und elektrischem Strom hinzuwirken, um auf diese Weise Fehlbeiträge, die etwa zunächst eintreten, durch Konsumsteigerung auszugleichen

6. Wohnungswirtschaft.

Der Wirtschaftsbeirat hält eine Herabsetzung der Mieten durch Anpassung an die verminderten Einkommen für unbedingt geboten. Auch durch Milderung der Bestimmungen über die Wohnungszwangswirtschaft kann den Plänen der Reichsregierung entsprechend diese Bewegung wirksam unterstützt werden. Diese Pläne gehen dahin, den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft enger als bisher an die wirkliche Lage auf dem Wohnungsmarkt anzuschließen, was nicht nur für neue, sondern auch für bestehende Mietverhältnisse zu gelten hat. Die Termine für das Ende der Wohnungszwangswirtschaft sind zweckmäßigerweise weiter vorzurücken; Voraussetzung ist aber die Sicherstellung eines sozialen Mietrechtes, insbesondere für die Inhaber der kleinen und kleinsten Wohnungen und ferner für Familien.

Ebenso tritt der Beirat den Plänen der Reichsregierung hinsichtlich des Hauszinssteuerproblems bei. Hierin muß dieses sofort und endgültig gesehrt werden, wobei allerdings eine sofortige völlige Aufhebung nicht möglich erscheint. Jedoch ist ein gestaffelter Abbau wünschenswert mit der Aufgabe, daß die Ablösung mit sofortiger Wirkung möglich ist. Ferner erscheint eine Arbeitsbeschaffung aus Mitteln der Hauszinssteuer zwecks erleichterter Vornahme von Reparaturen für möglich und geboten; hierbei erscheint eine Nachprüfung der vollzogenen Reparaturen gegebenenfalls durch die zuständige Handwerkskammer zweckmäßig.

7. Bankenorganisation.

Im Rahmen eines Gesamtwirtschaftsprogramms spielen Fragen der Organisation des Bankwesens und der Verteilung der bankmäßigen Aufgaben unter die verschiedenen Gruppen der Kreditinstitute eine erhebliche Rolle. Die in den Jahren nach dem Kriege, insbesondere in der Inflationszeit eingetretene Entwicklung des deutschen Bankwesens hat in Verbindung mit der allgemeinen Lage am Geld- und Kapitalmarkt zu bedeutenden Erscheinungen geführt, denen die Regierung ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden muß. Hierbei ist insbesondere auf Stärkung der örtlichen Kreditinrichtungen im Interesse einer ausreichenden Versorgung der mittleren und kleinen Unternehmungen Bedacht zu nehmen.

Die Erreichung dieser Ziele wird größtenteils nur im Wege freiwilliger Vereinbarung zwischen den Beteiligten möglich sein. Der Wirtschaftsbeirat weist darauf hin, daß durch die Notverordnung vom 19. September 1931 der Reichsregierung in dem Kuratorium und dem Reichskommissar für das Bankengewerbe geeignete Organe zur Verfügung stehen, um einen ständigen Einfluß in der vorbedachten Weise auszuüben. Der Wirtschaftsbeirat empfiehlt aber der Reichsregierung, auch ihre eigene volle Autorität einzusetzen, um den Abschluß solcher Vereinbarungen zu fördern.

8. Landwirtschaft.

Bei den Erörterungen über die Lage der landwirtschaftlichen Betriebe, die bereits in Ziffer 3 berührt worden ist, nimmt der Beirat von dem Grundgedanken der Sicherung der Ernte im Ländgebiet Kenntnis. Da tatsächlich schon im Interesse der Volksernährung die ordnungsmäßige Fortführung der Betriebe mit allen verfügbaren Mitteln sichergestellt werden muß, hielt der Ausschuss eine Prüfung für geboten, inwieweit diesem Erfordernis auch überall in Deutschland Rechnung zu tragen ist, ohne aber die Kreditlage der Landwirtschaft zu verschlechtern und die Kreditgeber zu gefährden.

Die Mithilfe der Reichsbank

Berlin, 24. November.

In der Schlußfolgerung des Wirtschaftsbeirates führte der Reichsbankpräsident Dr. Luther u. a. aus:

Zwei Notwendigkeiten seien es vor allem, auf die es vom Standpunkt der Währung und der Kreditpolitik der Reichsbank aus ankomme, nämlich die Schaffung der Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Unternehmen und die Belebung des Vertrauens der deutschen Wirtschaft im In- und Ausland. Reichsregierung und Reichsbank müßten alle erforderlichen Maßnahmen zur Stärkung des Devisenvorrates treffen. Was den Geldzins betreffe, so sei Deutschland wegen seiner Abhängigkeit von der Devisenlage zur Zeit in der Gestaltung der Diszontopolitik ungemein behindert und eingeengt. Gegenüber inflationistischen Währungsprojekten werde die klare Einsicht und Stellungnahme des Wirtschaftsbeirates von größter Bedeutung sein. Für Deutschland komme es bei aller notwendigen Pflege des inneren Marktes darauf an, innerhalb der Krise nicht an den Voraussetzungen seiner internationalen Wirtschaftstätigkeit Not zu leiden. Dem Problem der Pfundentwertung sei in keiner Weise ausreichend Rechnung getragen, weil die Auswirkungen der Pfundkrise für Deutschland bis heute nicht voll erkennbar geworden seien. Von entscheidender Bedeutung, und zwar besonders unter dem Gesichtspunkt der Währung aber sei, daß jetzt umfassend und durchgreifend gehandelt werde.

Unser Appell an die rechnende Hausfrau war nicht vergeblich. Kornfrack ist nun - im wahrsten Sinne des Wortes - in aller Munde.

20 Tassen täglich für eine Familie kosten nicht mal 6 Pfennig.

Politische Tagesübersicht.

Zusammentritt des Reichstages des Reichstages. Der Reichstag des Reichstages ist zu einer Sitzung auf Donnerstag, den 22. Dezember, nachmittags 5 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Neuberechnung der Ausschüsse und ferner eine Anregung zur Änderung des Diätengesetzes. — Wie wir erfahren, handelt es sich bei dem zweiten Gegenstand der Tagesordnung nicht um bestimmte Anträge, sondern um Anregungen teils von Abgeordneten, teils von privater Seite, mit Rücksicht auf den selteneren Zusammentritt des Reichstages die Tagesgelder allgemein herabzusetzen.

Brüning's angebliche Zusagen an den Volksdienst. Im preussischen Landtag hatte die Fraktion der Deutschen Volkspartei in einer kleinen Anfrage auf eine Mitteilung der „Täglichen Rundschau“ aufmerksam gemacht, wonach der Reichskanzler der Reichstagsfraktion des Christl.-Sozialen Volksdienstes Zusicherungen gemacht habe, die sich u. a. auch auf die Personalpolitik in Preußen bezogen haben sollen. Das Staatsministerium wurde gefragt, ob die Meldung der „Täglichen Rundschau“ zutreffend sei, und ob es bereit sei, die Frage zu klären, von wem Zusicherungen über eine Änderung in der Personalpolitik Preußens abgegeben seien. — Der preussische Minister des Innern hat jetzt geantwortet, daß das Staatsministerium sich nicht veranlaßt sehe, der Meldung der „Täglichen Rundschau“ nachzugehen. Zusicherungen über die Personalpolitik in Preußen können nur von den Stellen gegeben werden, die dem Landtag verantwortlich seien.

In der Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei am Montag fand, wie wir erfahren, eine allgemeine Besprechung der gesamten Wirtschaftslage statt. Demner wurde das Diätengesetz, das am Dienstag auf der Tagesordnung des Haushaltsausschusses steht, einer Erörterung unterzogen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Beratungen der Fraktion nahmen heute Dienstag ihren Fortgang.

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei tritt am Freitag, den 27. November, in München zu einer Sitzung zusammen.

Bestrafung der Verschwörer gegen die spanische Regierung. Wie Havas aus Madrid berichtet, hat der Innenminister mitgeteilt, daß gegen die Teilnehmer an der vor etwa zwei Wochen aufgedeckten Verschwörung gegen die Regierung folgende Strafen verhängt worden seien: In drei Fällen Deportierung auf die Insel Fernando Po (ein Geistlicher, ein Major und ein Zivilist), vier Monate strengen Arrest gegen zwei Majore, in drei Fällen Verurteilung einer Zwangsstrafe (ein Major a. D., ein Zivilist und ein Waffenhändler); ein Rechtsanwalt und ein Kaufmann wurden außerdem zu je 2000 Peleten Geldstrafe verurteilt.

Die Reichsleitung der NSDAP. Die Reichsleitung der NSDAP teilt mit: In der ausländischen Presse werden Nachrichten verbreitet, wonach die Nationalsozialisten mit der französischen Regierung in Verhandlungen ständen, über Fragen, die die Einstellung Frankreichs zur nationalsozialistischen Bewegung betreffen. Demgegenüber ist festzustellen, daß weder der Führer der NSDAP, noch irgendein von ihm Beauftragter zu irgendwelchen Verhandlungen an Frankreich herangetreten ist.

Die deutsch-schweizerischen Handelsvertragsverhandlungen. Nachdem die Schweiz auf deutschen Wunsch schon vor einiger Zeit auf die Bindung der deutschen Schutzvölkere verstanden hatte, ist im Laufe der gegenwärtig in Berlin geführten Verhandlungen über eine Revision des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages auch die Freigabe der schweizerischen Schutzvölkere vereinbart worden. Gleichzeitig werden seit längerer Zeit anhängige Spezialfragen geregelt. Die so getroffenen Vereinbarungen sollen sobald als möglich vorläufig angewendet werden. Die Verhandlungen der Delegationen über die Abänderung des Handelsvertrages nehmen im übrigen ihren Fortgang.

Die ungarische Offiziersabordnung über ihren Empfang in Deutschland. Die Offiziersabordnung des dritten Donau-Infanterie-Regiments, die dem Reichspräsidenten von Hindenburg das Ernennungsdekret über die Inhaberschaft dieses Regiments überbracht hatte, ist wieder in Stalweihenburg eingetroffen. Die Mitglieder der Abordnung äußerten sich mit Begeliterung über den herzlichen Empfang, die warme Gastfreundschaft und Kameradschaft, die ihnen seitens der Bevölkerung Berlins, sowie der deutschen Militärkreise zuteil wurde.

Die Wirtschaftspartei zum Fall Labendorf. Der geschäftsführende Vorstand der Wirtschaftspartei trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, die sich in der Hauptfrage mit der Lage beschäftigte, die sich für die Partei daraus ergeben kann, daß der Führer der preuss. Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei Abg. Labendorf in den Zusammenbruch der Bank für Handel und Grundbesitz verwickelt ist.

Englische Zollkampfanlage an Frankreich. In einem Leitartikel über die möglichen Maßnahmen anderer Länder gegen die Dumping-Abwehrzölle kündigt der „Daily Telegraph“ Sondermaßnahmen gegen die französischen Weine an, falls Frankreich seinen Kampf gegen die Einfuhr englischer Kohle fortsetze. Das Blatt erklärt, daß England jetzt in der Lage sei, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu verhandeln. Der engl.-französische Handelsvertrag, der noch aus dem Jahre 1890 komme, sei völlig veraltet. In dem Artikel wird auch die Gefahr erwähnt, die der englischen Kohlenausfuhr nach Deutschland drohe.

Ein unheimlich verlaufener Gesellschaftsabend in Chicago. In Lafe Forest, einem vornehmen Vorort von Chicago, ist ein aufsehenerregender Raubüberfall auf eine Villa verübt worden, in der sich zahlreiche Mitglieder der Chicagoer Gesellschaft zu einer Veranstaltung eingefunden hatten. Mehrere Banditen — die Zahl steht nicht genau fest, — besetzten plötzlich sämtliche Eingänge des Hauses. Hierauf drangen fünf oder sechs Deserteure in das Haus ein, wo sie die dort anwesenden Damen und Herren um Jewelen im Gesamtwert von rund 600 000 Mark erleichterten. Der Führer eines draußen wartenden Kraftwagens, dessen Besitzer sich unter den Gästen befand, konnte sich unauffällig entziehen und die Polizei benachrichtigen, die alsbald auf der Bildfläche erschien und den Kampf sofort aufnahm. Es entwickelte sich ein lebhaftes Pistolenduell, nach dessen Beendigung drei Banditen überwältigt werden konnten. Der größte Teil der Beute konnte den Räubern wieder abgenommen werden.

Ein neuer antisofistischer Propagandaflug geplant? Die eidgenössischen Behörden in Bern haben davon Kenntnis erhalten, daß von Brüssel aus ein neuer antisofistischer Propagandaflug zur Abwertung von Bananenfellen über Mailand und Rom geplant sei, und daher möglicherweise eine Zwischenlandung in Tessin infrage komme. Halbamittel wird erklärt, daß die schweizerischen Behörden selbstverständlich alle Maßnahmen treffen, um die Schweiz davor zu bewahren, ein zweites Mal als Ausgangspunkt eines solchen Unternehmens zu dienen.

Der neue chinesische Außenminister. Der ehemalige sinesische Ministerpräsident Wellington Koo ist nach einer Meldung aus Peking am Montag an Stelle des am 1. November zurückgetretenen Ministers Wang zum Außenminister der Kantingregierung ernannt worden.

Englische Schutzvölkere auch für Eisen- und Stahlwaren? In konservativen Kreisen beschäftigt man, wegen der Einführung von Zöllen auf Stahl- und Eisenerzeugnisse einen Druck auf die Regierung auszuüben, falls diese nicht selbst Schutzmaßnahmen für die Stahl- und Eisenindustrie trifft. Führende Industrielle, die mit dem Handelsminister in Verbindung getreten sind, hoffen, wie „Evening Standard“ meldet, daß in aller nächster Zeit Zölle auf die erwähnten Warenengattungen gelegt werden.

Vorläufig keine deutschen Schritte gegen die englischen Zollmaßnahmen. Entgegen anderslautenden Pressemeldungen wird von zuständiger Stelle erklärt, daß man zunächst keine Schritte gegen die englischen Zollmaßnahmen beabsichtigt. Einmal will man erst abwarten, wie sich die englischen Zölle tatsächlich auf die deutsche Ausfuhr auswirken und ob nicht die amerikanischen und französischen Schritte Erfolgs haben und zweitens will man aus politischen Gründen zurzeit eine gewisse Zurückhaltung bewahren.

Frankreichs Hand in den polnisch-russischen Verhandlungen. Zu der halbamtlichen Meldung aus Moskau, derzufolge dieser Tage zwischen dem dortigen polnischen Gesandten Patek und dem sowjetrussischen Außenminister Litwinow wieder Unterredungen über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes begonnen haben, verlautet hier, daß diese Verhandlungen an die früheren in dieser Frage vorliegenden Protokolle und Vorschläge anknüpfen. Die Franzosen werden über den Verlauf der Unterredungen von polnischer Seite genauestens auf dem Laufenden gehalten. Auf Grund früherer Erfahrungen ist anzunehmen, daß sich Polen offenbar auch diesmal auf entsprechende Wind aus Paris zu diesen Besprechungen mit Moskau hat verstehen müssen; ob mit den gleichen Erfolgsaussichten wie bisher, muß abgewartet werden, das hängt nicht zuletzt auch von dem Nachdruck und der Bestimmtheit des französischen Willens ab.

Sozialdemokratische Besprechungen mit dem Kanzler.

Zusagen an die Sozialdemokraten

Berlin, 24. November.

Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsarbeitsminister Stegerwald bemühten sich in der Besprechung mit den Führern der Sozialdemokraten, deren Befürchtungen zu entkräften. Man müsse die Ankündigung der Lohnsenkung im Zusammenhang mit der Erklärung lesen, daß Preise und Löhne in Uebereinstimmung miteinander gleichzeitig herabzusetzen seien, aber man werde um die Lohnreduzierung angesichts der durch die englische Pfundsenkung und die ausländischen Zollserhöhungen bewirkten Exporterschwerungen nicht herumkommen. Was das Tarifrecht angeht, so sei das Wesentliche, daß an seinem Grundgedanke nicht gerüttelt werde. Es handle sich nur darum, es mit Rücksicht auf örtliche, zeitliche und branchenmäßige Verhältnisse elastischer zu gestalten. Die Abgeordneten Breitscheid und Aufhäuser stellten fest, daß ihre Belohnung durch diese Erklärung keineswegs zerstreut seien, und sie erließen die Regierung nochmals mit allem Nachdruck, bei ihrer Verordnungspraxis mehr als bisher Rücksicht auf die Lage und auch auf die Psychologie der Arbeiterklasse zu nehmen.

Die eigentlichen Verhandlungen betrafen die Sicherung des Brotpreises und der Brotverjorgung, die Ausführung des Reichstagsbeschlusses über die Winterhilfe mit Kohlen und Kartoffeln und die Sicherung der Invalidenversicherung gegen akute Zahlungsschwierigkeiten.

Nach längeren Auseinandersetzungen mit dem Reichsminister Schiele sagte die Reichsregierung bindend zu, daß die Brotkaufzeit nach ihrem Wortlaut durchgeführt, der frühere Brotpreis wieder hergestellt werden solle und daß außerdem durch eine Verbilligung der Futtermittel die Verbilligung des Roggens vermieden werden soll.

Weiter verlangten die sozialdemokratischen Vertreter Auskunft über die von der Regierung zur Ausführung des Reichstagsbeschlusses über eine zusätzliche Winterhilfe getroffenen Maßnahmen. Die in einigen Gemeinden abgeschlossenen Vereinbarungen zur Verbilligung von Brot, Kartoffeln und Kohlen für Erwerbslose wurden von den sozialdemokratischen Vertretern für nicht ausreichend erklärt; sie verlangten vielmehr eine neue obligatorische und einheitliche Regelung für das ganze Reich. Die Regierung stellte eine solche Regelung in Aussicht. Reichsminister Schiele teilte ferner mit, daß er eine Verbilligung von Fleisch für Erwerbslose um 30 Pfennig pro Pfund beabsichtige.

Schließlich wurde die Finanznot der Invalidenversicherung erörtert und dargelegt, daß eine Anzahl von Landesversicherungsanstalten vor Zahlungsschwierigkeiten stehe. Es wurde von der Reichsregierung verlangt, daß sie den notleidenden Anstalten ermöglicht, die Reichsmahnmessungen, die der Invalidenversicherung im Vorjahre aufgefordert worden waren, mit Hilfe des Reiches sowohl erforderlich, stüßig machen zu können. Der Reichsfinanzminister sagte keine Mitwirkung bei der Behebung der bestehenden Kassenschwierigkeiten der Landesversicherungsanstalten zu.

Schlange-Schönungen über die neue Dsthilfe.

Berlin. Der Reichskommissar für die Osthilfe, Reichsminister Schlange-Schönungen, sprach am Montag abend im Rundfunk über sein Programm. Er wandte sich gegen die Unruhe, die durch die neue Ostverordnung entstanden sei. Bei der ehemaligen Anzahl von Betrieben, die möglicherweise zur Zwangsversteigerung kämen, würde allenfalls bis zur ersten Hypothek abgehoben werden, aber alles andere Gläubigerkapital, das dahinter steht, würde so gut wie ganz verloren sein. Die Gläubiger in ihrer übertriebenen Anzahl hätten eingesehen, daß es weitand besser für sie sei, eine gesicherte Hypothek zu 4 bis 5 v. S. zu besitzen, als daß 8 oder 10 v. S. Zinsen den Betrieb und damit ihre Hypothek ruinieren. Er sei überhaupt der Meinung, daß die überhöhte Zinslast von heute, die nicht nur die Landwirtschaft, sondern unsere gesamte Volkswirtschaft zu tragen habe, der fürchtbare Wod sei, der auf dem Wege unserer volkswirtschaftlichen Entwicklung liege. Alle anderen Gründungsmaßnahmen würden wirkungslos sein, wenn man nicht zugleich das beinahe entscheidende Problem der Zinsen anzupacken wage. Da aber der verarmte Osten nicht warten könne, bis man hier einen gangbaren Weg gefunden habe, der nicht das gesamte Kreditproblem erschüttere, habe er in dem ihm anvertrauten Gebiet das tun müssen, was sich zunächst erreichen ließ.

Er vertrete es, daß der Handel benutzbar sei. Aber gerade dieser Handel, der so oft betont habe, wie eng er sich mit der Landwirtschaft verbunden fühle, müsse in einem Augenblick, wo es sich um die Rettung von neuweltlichen Menschen handle, verstehen, daß der Osten nicht gerettet werden könne, wenn nicht alle ausen Willens seien. Wo die Verordnung den Gläubigern Ouler auszumuten schiene, solle nur der tatsächliche Rückstand festgelegt werden. In den Fällen, in denen die Gläubiger ihre Wechselforderungen gegen den Landwirt nicht geltend machen könnten, würde die Reichsbank die durch die Notverordnung geschaffene Lage berücksichtigen und den Gläubigern der Landwirte dies zugute halten. Die Verweigerung werde bei Rückzahlungen von Krediten jedes vertretbare Entgegenkommen zeigen. Für alle beteiligten Gläubiger, Sparer, für den freien Handel und die Genossenschaften, werde Gelegenheit geboten, zu den Ausführungsbestimmungen ihre Wünsche zu äußern. An den Grundfähigkeiten der Notverordnung könne aber nicht gerüttelt werden. Scharf lehnte er den Gedanken der Ueberbrückung der Schuldverhältnisse ab. Durch die Methoden der Ueberbrückung sei das Unglück nur noch größer geworden. Daher müßten wir zunächst zur Bilanzfreiheit zurück. Ueber müße man den stärksten Eingriff wagen, als in Untätigkeit dem Aheren Untergange entgegenzusehen.

nis erhalten, daß von Brüssel aus ein neuer antisofistischer Propagandaflug zur Abwertung von Bananenfellen über Mailand und Rom geplant sei, und daher möglicherweise eine Zwischenlandung in Tessin infrage komme. Halbamittel wird erklärt, daß die schweizerischen Behörden selbstverständlich alle Maßnahmen treffen, um die Schweiz davor zu bewahren, ein zweites Mal als Ausgangspunkt eines solchen Unternehmens zu dienen.

Der neue chinesische Außenminister. Der ehemalige sinesische Ministerpräsident Wellington Koo ist nach einer Meldung aus Peking am Montag an Stelle des am 1. November zurückgetretenen Ministers Wang zum Außenminister der Kantingregierung ernannt worden.

Englische Schutzvölkere auch für Eisen- und Stahlwaren? In konservativen Kreisen beschäftigt man, wegen der Einführung von Zöllen auf Stahl- und Eisenerzeugnisse einen Druck auf die Regierung auszuüben, falls diese nicht selbst Schutzmaßnahmen für die Stahl- und Eisenindustrie trifft. Führende Industrielle, die mit dem Handelsminister in Verbindung getreten sind, hoffen, wie „Evening Standard“ meldet, daß in aller nächster Zeit Zölle auf die erwähnten Warenengattungen gelegt werden.

Vorläufig keine deutschen Schritte gegen die englischen Zollmaßnahmen. Entgegen anderslautenden Pressemeldungen wird von zuständiger Stelle erklärt, daß man zunächst keine Schritte gegen die englischen Zollmaßnahmen beabsichtigt. Einmal will man erst abwarten, wie sich die englischen Zölle tatsächlich auf die deutsche Ausfuhr auswirken und ob nicht die amerikanischen und französischen Schritte Erfolgs haben und zweitens will man aus politischen Gründen zurzeit eine gewisse Zurückhaltung bewahren.

Frankreichs Hand in den polnisch-russischen Verhandlungen. Zu der halbamtlichen Meldung aus Moskau, derzufolge dieser Tage zwischen dem dortigen polnischen Gesandten Patek und dem sowjetrussischen Außenminister Litwinow wieder Unterredungen über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes begonnen haben, verlautet hier, daß diese Verhandlungen an die früheren in dieser Frage vorliegenden Protokolle und Vorschläge anknüpfen. Die Franzosen werden über den Verlauf der Unterredungen von polnischer Seite genauestens auf dem Laufenden gehalten. Auf Grund früherer Erfahrungen ist anzunehmen, daß sich Polen offenbar auch diesmal auf entsprechende Wind aus Paris zu diesen Besprechungen mit Moskau hat verstehen müssen; ob mit den gleichen Erfolgsaussichten wie bisher, muß abgewartet werden, das hängt nicht zuletzt auch von dem Nachdruck und der Bestimmtheit des französischen Willens ab.

Graf Kaldreuth über die deutsche Agrarkrise.

Rürnberg. Auf der 21. Landesversammlung des bayerischen Landbundes sprach am Montag nachmittag Graf Kaldreuth über die deutsche Agrarkrise. Er führte u. a. aus, daß die Weltagrarkrise, die man vielfach als Unschuldigung erwähne, um die Not in Deutschland mit ausenpolitischen Gründen zu rechtfertigen, nichts weiter sei als die Weiterführung des Krieges mit anderen Mitteln. Der Abfall der ausländischen Landwirtschaften dürfe aber nicht auf dem Rücken der deutschen Landwirtschaft geladen. Die Zinsfrage auch für Realcredite könnten ohne weiteres durch Notverordnung gelöst werden. Ferner müsse es erreicht werden, daß die Einfuhr von Angusswaren und Lebensmitteln, die durch deutsche Ereignisse erleidet werden könnten, unterbunden würden. Die Regierung Brüning behäbe zur Durchführung dieser Maßnahmen nicht das Vertrauen des Reichslandbundes, da sie zu sehr mit dem ganzen politischen und Wirtschaftssystem verbunden sei und in ihren Entschlüssen eine unzulässige starke Einflußnahme der Weltwirtschaften erfähre. Deswegen sei das Verbrechen der deutschen Landwirtschaft darauf gerichtet, eine Regierung der nationalen aufbauenden Kräfte zu schaffen, die Hand in Hand mit der tatkräftigen Selbsthilfe der Landwirtschaft die Kraft befähige, für das gegenwärtige Uebel, das der heutigen Generation aufgedrückt werden müsse, auch wieder Sinn und Zweck in dieses Opfer zu bringen.

Der bayerische Justizminister Dr. Wetzner verlangte in seiner Rede die Schaffung des Verantwortungsbewußtseins in der Verwaltung und größte Sparsamkeit. Jede nicht durch Not und äußersten Bedarf hervorgerufene Ausgabe müsse vermieden werden, vor allem auch in den Gemeinden, die der Selbstverwaltung wieder durch erhöhte Selbsthauch und durch hohes Verantwortungsgefühl Inhalt und Form geben müßten. Zum Schluß bezeichnete der Minister die Wirtschaftsmoral als die Grundlage aller Arbeit im und am Staat.

Die Versammlung nahm eine Entschüttung an, die die Befristung des Einkoms und den Rücktritt der Regierung Brüning verlangt. Im übrigen enthält die Entschüttung dieselben wirtschaftlichen Grundzüge, die Graf Kaldreuth in seiner Rede eingehend behandelt hatte.

Abermals Standrecht über Cypern.

London. Obgleich sich die Lage in Cypern beruhigt hat, ist abermals das Standrecht verhängt worden. Die Einwohner dürfen nach 20 Uhr ihre Häuser nicht mehr verlassen.



Eine gute Nachricht:

Jede Umhüllung eines **MAGGI-Suppen-Würfels** gilt - auch wenn sie noch nicht mit Gutschein-Aufdruck versehen ist - als 1 Gutschein.

Keine unriedliche Beendigung der Arbeit des Wirtschaftsbeirats.

Die Mitteilung des „Abend“, der Spätausgabe des „Vorwärts“, daß die Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirats am Montag mittags ein unriedliches Ende genommen habe, wird übrigens dem Nachrichtenbüro des VDB. aus einseitigen Kreisen als irrtümlich dargestellt. Die gemeinsame Erklärung der Gewerkschaften aller Richtungen, von der im „Vorwärts“ die Rede ist, ist nicht in der Schlußsitzung abgegeben worden. Es handelt sich bei dem Gewerkschaftsprotokoll, der sich gegen den Lohnabbau richtet, und bei der gleichzeitigen Forderung nach gefestigter Festlegung der 40-Stunden-Woche mit Einkommenswahrung, bei dem gewerkschaftlichen Hinweis auf Bedenken hinsichtlich der Handhabung des Schlichtungswesens und der Verbindlichkeitsklärung, sowie wegen der Lebenshaltungskosten nur um eine Zusammenfassung des gemeinsamen Standpunktes der Gewerkschaften in einer Erklärung des Führers des VDB., des Reichstagsabg. Grafmann, in der letzten sachlichen Beratung des Wirtschaftsbeirats am Sonntag. Die Richtlinien selbst sind am Montag in der Schlußsitzung ohne einen Gewerkschaftsprotokoll zustande gekommen.

Das Bauprogramm der Reichsbahn fertiggestellt.

Berlin. Das Bauprogramm der Reichsbahn auf Grund der Steueramnestie-Anleihe, die bisher einen Betrag von 235 Millionen Reichsmark ergeben hat, ist nunmehr fertiggestellt worden; es wird am Mittwoch dem Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft zur Genehmigung vorgelegt werden. Ueber seinen Inhalt wird vorläufig nur bekannt, daß es außer den schon mitgeteilten Aufträgen an Eisenbahn-Oberbau-Material für die Eisenindustrie auch in besonderem Maße Hochbauten bringen wird, um dadurch der Bauwirtschaft und dem Handwerk zu Hilfe zu kommen.

Keine Opposition der Arbeitnehmer.

Berlin. Die Darstellung, die der Politisch-Gewerkschaftliche Zeitungsdienst über die Beratungen des Wirtschaftsbeirats und insbesondere über die Ausführungen des Mitgliedes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Peter Grafmann, gegeben hat, entspricht, wie wir an zuständiger Stelle erfahren, durchaus dem tatsächlichen Verlauf der Sitzung. Danach kann also von einem „unfriedlichen Abbruch“ gar keine Rede sein, denn Grafmann hat seine Erklärung nicht etwa am Montag in der Schlußsitzung abgegeben; er hat lediglich in der Sonntagssitzung den Arbeitnehmerstandpunkt dargelegt, auf den wiederum Erklärungen der Arbeitgeber erfolgt sind, die beide zusammen in einem Appell an die Regierung gipfelten, nach keiner Seite hin den Bogen zu überkippen. Von einer Opposition konnte dabei keine Rede sein, und ebensowenig von einem Widerspruch gegen die Erklärungen des Reichstagsabg. Grafmann, die ja nicht etwa einen durch Abkimmungen zustande gekommenen Beschluß des Wirtschaftsbeirats enthalten, sondern eine Resignation der gesamten Arbeiter dieser Körperschaft.

Sozialdemokratischer Protest gegen Lohnsenkungs-Politik.

Berlin. Am Montag abend hatten die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine längere Besprechung mit Reichstagsabg. Dr. Bräuning. Dabei brachte, wie das Nachrichtenbüro des VDB. hört, der Fraktionsvorsitzende Dr. Breitschneider zunächst eine Warnung an die Regierung zum Ausdruck vor den wirtschaftlichen und politischen Folgen, die eine Fortsetzung der einseitigen Lohnsenkungs-Politik nach sich ziehen müßte. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurden dann die Fragen der Sozialpolitik und der Sozialpolitik, insbesondere der Invaliden-Versicherung, besprochen.

Abg. Labandorf legt seine Parteiamter nieder.

Berlin. (Funktspruch.) Der bisherige Vorsitzende der Wirtschaftspartei-Fraktion im preussischen Landtag Abg. Labandorf hat in der heutigen Fraktionsberatung mitgeteilt, daß er seine sämtlichen Parteiamter, insbesondere auch das des Vorsitzenden der Landtagsfraktion, bis zur restlosen Klärung des gegen ihn im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz eingeleiteten Verfahrens niedergelegt habe.

Francois Boncet über seine Aufgaben in Deutschland.

Paris. Der französische Botschafter in Berlin, Francois Boncet, gewährte einem Vertreter der Liberté eine Unterredung, in der er auf die Aufgabe hinwies, die ihm als französischer Botschafter in Berlin zufalle. Bei der Betrachtung der deutschen Lage stöße man auf so viele Gegenstände, man finde so viel wahres Elend und vorgetäuschte Armut, daß man sich fragen müsse, wo Wahrheit und wo Lüge sei. Man wisse nicht, ob man auf mehr Sympathien hoffe, wenn man auf die Macht Frankreichs wache, oder wenn man den rettenden Delawig hindalle. Ebenso schwierig sei die Beantwortung der Frage, ob man sich über den Zusammenbruch der einen oder der Fortschritt der anderen Partei freuen solle. Seine Aufgabe als französischer Botschafter sei es in erster Linie, ohne Vorurteile die deutsch-französischen Beziehungen zu fördern. Deutschland erwarte viel von Frankreich und glaube sich sogar berechtigt, zu viel zu erwarten. Aufgabe der französischen Diplomatie sei es, sich der Lage anzupassen, und, ohne daß deshalb Frankreich etwas von seiner Stärke und seinem Ansehen verliere, mit den Führern der Reichsregierung, wer sie auch seien, an einer politischen Annäherung und dem wirtschaftlichen Wiederaufbau zu arbeiten.

Neue Sitzung des Völkerbundsrates.

Paris. Der Zwölfter-Ausschuß des Völkerbundsrates hat am Montag vormittags wieder eine fast zweitägige Sitzung abgehalten, die die Lösung des sino-japanischen Konflikts jedoch noch keinen Schritt näher gebracht hat. Im Laufe der Verhandlungen wurde ein Entschuldigungsvertrag aufgestellt, der sich im wesentlichen aus fünf Punkten zusammensetzt. Dieser Entwurf soll im Laufe des Nachmittags dem chinesischen und japanischen Vertreter von Briand unterbreitet und zur Annahme empfohlen werden. In Völkerbundskreisen rechnet man damit, daß sich die Verhandlungen noch bis Ende dieser Woche hinziehen werden.

Abg. Breitschneider Vizepräsident des Sächsischen Landtages.

Dresden. Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten entfielen 87 Stimmen auf den Abg. Breitschneider (Staatspartei) und 11 Stimmen auf Herrmann (RVP). Die übrigen Stimmzettel waren teils unbeschrieben, teils zerstückelt. Abg. Breitschneider ist somit gewählt. Die RSDAP und ein Teil der Wirtschaftspartei hatten vor der Wahl des ersten Vizepräsidenten den Saal verlassen. Darauf wurde die Sitzung unterbrochen.

Grandi über Italiens Mitarbeit an einer vernünftigen Schuldentilgung.

New York. Der italienische Außenminister Grandi hielt heute auf einem ihm zu Ehren gegebenen Bankett des Council of Foreign Relations eine Ansprache, in der er eine zufriedenstellendere Lösung des Kriegsschuldenproblems sowie Milderungsmaßnahmen als wünschenswert bezeichnete. Europa sei während der Nachkriegszeit von schweren wirtschaftlichen und politischen Störungen heimgesucht worden, die sich durch eine vernünftigeren und gemäßigteren Politik hätte vermeiden lassen. Grandi erinnerte daran, daß Mussolini bereits im Jahre 1922 anlässlich der Londoner Konferenz die enge Verbindung von Kriegsschulden und Reparationen betonte und sagte, daß wie immer sich dieses Problem gestalten werde, Italien stets bereit sei, die weitestgehende Lösung zu unterstützen. Seiner Überzeugung nach werde eine solche Lösung auch die beste sowohl für die Schuldner wie für die Gläubiger sein, aus diesem Grunde sei Italien auch Willens, bei einer Neuregelung des Fragenkomplexes entsprechende Opfer zu bringen.

Staatsanwaltschaft ersucht um Zulassung der Strafverfolgung Labandorfs.

Berlin. Die Staatsanwaltschaft Berlin I hat beim preussischen Landtag die Entscheidung über die Zulassung der Strafverfolgung gegen den Landtagsabgeordneten Labandorf nachgesucht. Gegen Labandorf besteht der Verdacht, daß er als Vorkämpfer des Kalkülstrates an dem bei der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz aufgedeckten Bilanzverschleierungen beteiligt ist.

Maßnahmen gegen die kommunistische Bewegung in China?

London. Einer „Times“-Meldung aus Schanghai zufolge, befaßt sich der Kongreß der Kuomintang in Nanjing gegenwärtig mit der kommunistischen Bewegung in den Provinzen Kiangsi, Szechuan, Hunan, Szechuan und Kwangsi. Die Bevollmächtigten dieser Provinzen sollen erklärt haben, daß in den letzten Jahren zusammen zwei Millionen Menschen ermordet und Sachwerte in Höhe von zwei Milliarden mexikanischer Dollar zerstört worden seien. Als Gegenmaßnahmen sollen militärische Operationen in allen sechs Provinzen unter einem Oberbefehlshaber geplant sein. Die Kosten dieser militärischen Unternehmung, so heißt es weiter, müßten von der Zentralregierung getragen werden.

Alfons XIII. zu dem Beschluß der Cortes.

Paris. Der frühere König von Spanien, Alfons XIII., wurde von einem Mitarbeiter des Journal befragt, welchen Eindruck der Urteilspruch der spanischen Kammer auf ihn gemacht habe. Der König äußerte: Seitdem ich den Boden meines Landes verlassen habe, bin ich ein einfacher Bürger und will es bleiben. Keine Ereignisse, selbst solche, die mich persönlich betreffen, werden mich veranlassen, meine Zurückhaltung aufzugeben.

Rückkehr der deutschen Himalaja-Expedition.

München. Die vier Mitglieder der deutschen Himalaja-Expedition Dr. Bauer (München), Hartmann, Dr. Wien und Jendt sind heute morgen, von Italien kommend, hier eingetroffen. Dr. Alwein (München) war bereits früher zurückgekehrt. Die Expedition hatte den neuesten Versuch zur Begreifung des Kangasjeks im Himalaja unternommen. In einer Höhe von 7800 Meter wurde die Expedition durch eine unbegreifbare Eismwand am weiteren Vordringen gehindert. Zur Begründung der Bergsteiger hatte sich am Münchner Hof eine große Zahl von Freunden eingefunden. Der Führer der Expedition Dr. Bauer erklärte, daß auch die letzte Eismwand des Kangasjeks einmal überwunden werden könne, wenn man zu einer Zeit an sie gehe, da sie stark verschnelt sei.

Letzte Funktspruch-Meldungen und Telegramme

vom 24. November 1931.

Der Reichspräsident empfängt Professor Wegener.

Berlin. (Funktspruch.) Der Herr Reichspräsident empfing heute vormittags Professor Dr. Kurt Wegener, den stellvertretenden Leiter der deutschen Grönlandexpedition, Bruder des in Grönland verunglückten Führers dieser Expedition, Professor Dr. Alfred Wegener.

Diskontherabsetzung der Bank von Dausig.

Dausig. (Funktspruch.) Die Bank von Dausig hat mit Wirkung vom 24. November ab den Diskontsatz von 6 auf 5 Prozent und den Lombardsatz von 7 auf 6 Prozent herabgesetzt.

Starbemberg zu 200 Schilling Geldstrafe verurteilt.

Linz. (Funktspruch.) Die vom Vizelandtag Dr. Schöber gegen den Bundesführer des Heimatschutzes, Ernst Rübiger Starbemberg, erhobene Verleumdungsklage endete mit der Verurteilung Starbembergs zu 200 Schilling Geldstrafe, im Nichterbringungsfall zu vier Tagen Arrest. In der Begründung wurde ausgeführt, ein Wahrheitsbeweis sei nicht angetreten worden und auch nicht zulässig gewesen, da es sich um Verleumdungen handele. Als mildern wurde das Geständnis, sein guter Name und der Umstand, daß die den Gegenstand der Klage bildenden Äußerungen im politischen Kampf gefallen sind, als erschwerend das Zusammentreffen mehrerer strafbarer Handlungen angenommen.

Antifaschistische Kundgebung in New York.

New York. (Funktspruch.) Bei einer Vorstellung im Metropolitan-Opernhaus, der der italienische Minister des Auswärtigen, Grandi, beiwohnte, wurden in dem Augenblick, da nach dem Abspielen der italienischen Nationalhymne die Zuschauer „Es lebe Grandi“ riefen, von der Galerie herab rosa und gelbe Zettel geworfen, die die Worte „Nieder mit Grandi“ trugen. Die Manifestanten, zwei Antifaschisten wurden verhaftet.

Bandit und Herzensneider.

Ein Kulturbild aus Korsika.

Seit dem 7. November des Jahres befinden sich die französischen Generale Fourrier und Quot mit einer Streitmacht von 1500 Gendarmen, zahlreichen Maschinengewehren, einigen Tanks und einem Flugzeug auf der Banditeninsel Korsika. Drei leichte französische Kreuzer und 6 Torpedoboote umkreisen Tag und Nacht die Insel, damit ja kein Banditenhüuptling entkomme. Der Feldzug geht ganz planmäßig, kriegsplanmäßig, vor sich. Trotz aller Bemühungen glückt es den französischen Streitkräften bisher aber noch nicht, auch nur einen einzigen von den 8 größeren Banditenführern dingfest zu machen. Weitaus hätten sie dieser Tage aber den gefährlichsten von allen, den Briganten Spada, gefangen. Bei einer Streife durch den Busch fiel nämlich plötzlich ein Gendarm in eine Grube. Sie wurde scheinunglos näher untersucht. Die Gendarmen warfen einige Handgranaten hinein, die mit großem Getöse explodierten, aber niemand regte sich. Trotz aller Aufforderungen kam auch niemand heraus. Schließlich kroch ein beherzter Gendarm in die Grube hinein. Nach eingehender Untersuchung war man sich darüber klar, einen der Luftschutzhüter Spadas entdeckt zu haben. Seine Lagerstätte war noch warm, aber der lockere Vogel war ausgeflogen. Dafür fanden die Franzosen umfangreiche Schriftstücke, aus denen hervorging, daß Spada über seine Einnahmen und Ausgaben gewissenhaft Buch führte. Unter den Briefen entdeckte man zahlreiche und rührende Liebesbriefe, nicht nur von Korsikanerinnen und anderen Franziskanerinnen aus dem großen Mutterlande, sondern auch Briefe in englischer Sprache, die größtenteils die gleiche Handschrift tragen und von einer gewissen „Edith“ unterzeichnet sind. Ob die Dame Engländerin oder Amerikanerin ist, ließ sich bisher noch nicht feststellen, dagegen steht außer Frage, daß der Banditenhüuptling Spada nach den vorgefundenen Briefen ein großer Herzensneider sein muß.

Auch den anderen großen Banditenführern, Bornea, einen früheren französischen Gendarmen, vermochten die Franzosen bisher noch nicht festzunehmen, obwohl sie glaubten, ihn dieser Tage in Guitera-les-Bains umzingelt zu haben. Schon beginnt die Pariser Presse darüber zu spekulieren, daß es den beiden Generalen Fourrier und Quot mit ihren Streitkräften nicht gelinke, auch nur einen einzigen Banditenführer zu fassen. Von amtlichen Kreisen in Korsika wird jetzt aus sehr durchsichtigen Gründen das Gerücht verbreitet, daß die Banditen rechtzeitig von der gegenwärtigen Notlage der Polizei Wind erhaschten und daraufhin in das Spadenviertel von Marseilles entflohen. Wegen dieser Behauptung, die sie Verleumdung nennen, legen die Freunde Spadas und Borneas energische Verwahrung ein. Sie erklären, daß die beiden Führer sich in Maunisi, im Busch und Wald, aufhalten, daß sie im Lande bleiben, sich ihrer Haut wehren und sich hüten werden, den französischen Gendarmen in eine Falle zu laufen.

Berufliche Merkmale an Zähnen und Zahnfleisch.

Von Dr. Michaelis, Bitterfeld.

Von den Zuckerbäckern ist es von Alters her bekannt, daß sie schlechte Zähne haben. Besonders an den Vorderzähnen der Vorderzähne entstehen große Defekte des Zahnschmelzes, das freiliegende Zahndentin hat eine häßliche schwarzbraune Farbe. Nicht der Mehlstaub ist die Ursache, sondern der Zuckersaure, welcher sich am Zahnhals niederschlägt, in Gärung übergeht und den Zahn entkalzt; die überall anwesenden Säurebakterien vollenden dann das Verbrüchungsverbot.

Die früher häufig beobachteten Veränderungen der Zähne bei Arbeitern in Säurefabriken werden glücklicherweise dank der modernen Fabrikhygiene nicht mehr beobachtet.

Eine merkwürdige bunte Verfärbung der Zähne und des umgebenden Zahnschmelzes sehen wir bei Arbeitern mancher Metallfabriken. Eine schmutzgrünliche Farbe erzeugt das Kupfer, der Messingstaub eine fast schwarze, der Eisenstaub und der seltene Silberstaub eine silbergraue.

Die Vertreter mancher Berufe haben die Angewohnheit, ihr Arbeitsmaterial in typischer Weise mit den Zähnen festzuhalten. Die Schneiderrinnen spielen die Schneideln bei der Anprobe und auch beim Arbeiten zwischen den Vorderzähnen bereit zu halten. Hieraus resultiert sich eine typische Erkrankung an den Vorderzähnen. Technisches Leben vor beim Tapezierer, welcher ebenfalls mit den Schneidzähnen seine Nägel festhält, genau wie die Schuster der guten alten Zeit.

Die Glasbläser, welche mit ihrer langen Pfeife die gläsernen Gegenstände blasen, halten das Mundstück mit den Vorderzähnen fest. Im Laufe der Jahre trägt sich das Mundstück tief ein und wir sehen bei geschlossenem Gebisse einen dem Mundstück der Pfeife entsprechenden elliptischen Defekt. Ein ähnliches Bild ist aus derselben Ursache an den vorderen Schneidezähnen bei Klarinetisten beschrieben worden.

Hier möchte ich das furore Bild einfließen, welches uns mancher alter Gebirgsbojzfäller bietet. Er hat jahrelang das Mundstück seiner halblangen Tabakpfeife zwischen den Vorderzähnen festgestemmt gehalten. Ein kreisförmiges Loch an den oberen und unteren Vorderzähnen ist die Folge.

Vorüber sind dagegen jene Zeiten, als man fleißige Zeichner und Schreiber daran erkannte, daß sie runde Defekte an den Vorderzähnen aufwiesen, in denen sie gewohnheitsgemäß ihren Bleistift hielten.

Schließlich müssen wir noch die auffälligen Veränderungen bei Bleigalvanisierern und Maurern erwähnen, der seine eingatmete Staub macht hier während der jahrelangen Arbeitszeit die Kronen aller Zähne langsam aber sicher ab, so daß nur flache Stämme übrig bleiben.

Entzündungen des Zahnschmelzes — von den einfachen bis zu den schwersten Graden — kommt bei vielen Staubberufen vor. Bekannt ist der so genannte „Meißelstaub“ des Zahnschmelzes bei Leuten, die viel mit Blei und seinen Verbindungen zu tun haben (Bauhändler usw.). Hier liegt der Schmelzverlust in feinsten Verteilung im Gewebe des Zahnschmelzes. Sehr unangenehm ist Mundentzündung durch Quecksilber wie wir sie bei Hutmachern, Tchemeterarbeitern, überhaupt bei allen Arbeitern mit Quecksilber zu beobachten Gelegenheit haben. Bei Perlmuttermuschelarbeitern bildet sich eine harte schmerzhafteste Knochen-aufstreubung.

So sehen wir, daß ein aufmerksamer Beobachter schon aus der Betrachtung des Gebisses auf den Beruf des Betroffenen schließen kann. Andererseits sind alle diese Berufszeichen zu vermeiden, durch verbesserte Arbeitsbedingungen, durch Aufmerksamkeit des Arbeitenden und durch regelmäßige, vorchriftsmäßige Mundpflege und nicht zuletzt durch rechtzeitige Inanspruchnahme des Zahnarztes.

Immerwährend

werden Neubestellungen auf das „Nietzer Tageblatt“ von allen Zeitungsträgern und zur Vermittlung an die von der Tagesblatt-Geschäftsstelle, Goethestraße 59, entgegengenommen.

Entscheidungsstunde der Wirtschaftspolitik.

Die Durch den Schritt der drei Landwirtschaftlichen Mitglieder des Wirtschaftsrats ist eine Klärung der wirtschaftspolitischen Situation herbeigeführt worden, die ein weiteres Verdrängen der Entscheidungen unmöglich machen. In der grundsätzlichen Bedeutung kann man einen Vergleich mit dem damaligen Schritt Höglers ziehen, als er das Amt als Sachverständiger bei den Young-Plan-Verhandlungen niederlegte. Auch wer im Augenblick tatsächlich den Schritt der Bauernführer nicht voll billigt, sollte in Erinnerung an diese damaligen Vorgänge mit der Stellungnahme vorsichtig sein. Man hatte damals Höglers Warnungen überhört, ihm politische Vorwürfe gemacht und jedenfalls nicht unternommen, um seinen Bedenken, die sich inzwischen als nur zu berechtigt erweisen haben, Rechnung zu tragen. Die Bauernführer haben doch ihre Mitarbeit im Wirtschaftsrat nicht aus irgendwelchen persönlichen Gründen oder aus Verdrängerung eingestellt, sondern aus der Überzeugung heraus, daß es eines besonderen Aktes bedürfte, um die weitere Bagatelisierung der wichtigsten wirtschaftspolitischen Fragen zu verhindern. Sie haben damit einen allerdings der Reichsregierung unangenehmen Weg beschritten, um noch im letzten Augenblick die sachlichen Entscheidungen zur Geltung kommen zu lassen. Es wird daher, wie die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ mittelt, in führenden landwirtschaftlichen Kreisen bedauert, daß in der Gegenklärung der Reichsregierung die sachliche Seite nur polemisch behandelt worden ist und daß die persönlichen Ausführungen sogar Unrichtigkeiten behauptet worden sind, die inzwischen löge Erwiderung durch die Bauernführer gefunden haben. Man erwartet daher auch, daß diese Art der Auseinandersetzung nicht weitergeführt wird. Es kommt vielmehr darauf an, ohne nochmalige Verdrängerung die sachlichen Schlussfolgerungen zu ziehen. Das bedeutet letzten Endes die Wahl zwischen dem beiden einzigen gerechtfertigten Möglichkeiten: alsbaldige praktische Wirtschaftspolitik der Reichsregierung im Rahmen eines wirklich geschlossenen Plans oder Rücktritt des Kabinetts, um unter Verzicht auf jede Halbheit und jedes Kompromiß den Platz für einen tatkräftigeren Nachfolger vor Eintritt der drohenden neuen Wirtschaftskatastrophe freizumachen.

Jeder Versuch einer anderen Lösung müßte zu einer weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage und zur erneuten Zuspitzung der Finanzlage führen. Die Reichsregierung hat also nach dieser Aktion nur noch wenige Tage zur Verfügung, um den Beweis dafür zu erbringen, ob und wie weit sie der Lage gewachsen ist. Diese positive Klärung ist der Sinn des landwirtschaftlichen Schrittes. Haben auch die drei Beiratsmitglieder lediglich als Personen gehandelt so ist doch anzunehmen, daß sie sich in Übereinstimmung mit der Grünen Front und damit mit der gesamten Landwirtschaft befinden. Führt der Schritt nicht zu dem gewünschten sachlichen Erfolge, so dürfte zweifellos die Grüne Front als solche die dann erforderlichen weiteren Schritte unternehmen. Das hat politisch angeht die Zugehörigkeit von Dr. Holtmeier zu den Bauernvereinen die besondere Bedeutung, daß damit innerhalb des Kernums selbst bisherige Stützen der Regierungspolitik verschwinden. Da, wie der „Landwirtschaftlichen Wochenschau“ von unterrichteter Seite berichtet wird, Reichsernährungsminister Schiele an der Gegenklärung der Reichsregierung nicht beteiligt war, sollte man annehmen, daß dann auch er im Einvernehmen mit der Grünen Front die Schlussfolgerungen zieht. Das erscheint uns aber eher gegeben, als die von der Landwirtschaft auf den Reichswirtschaftsminister Warmbold gesetzten Erwartungen sich nicht erfüllt haben.

Wie insbesondere der Gang der Wirtschaftsverhandlungen mit Russland zeigt, hat Warmbold seine früheren engen Verbindungen zur Grünen Front inzwischen vergessen. Welche weittragenden gesamtpolitischen Wirkungen eine endgültige Abgabe der Grünen Front an die unentschiedene Wirtschaftspolitik des Kabinetts haben muß, darüber wird sich auch die Reichsregierung klar sein. Bei den alten Verbindungen zwischen einzelnen landwirtschaftlichen Führern und dem Reichspräsidenten darf man auch annehmen, daß es nicht gelingt, mit persönlicher Argumentation diese Verbindungen zu lösen.

Gegen den Wirtschaftsrat in seiner Vielfachheit waren von vornherein ernste Bedenken erhoben worden. Trotz der früheren schlechten Erfahrungen hatten sich die Bauernführer lediglich mit Rücksicht auf den Reichspräsidenten zur Mitarbeit bereit gefunden, um nicht den Verdacht auf sich zu laden, daß an ihnen ein letzter Versuch scheiterte. Schon vor dem landwirtschaftlichen Schritt war bekannt, daß alle Bedenken ihre Berechtigung gefunden hatten, daß der Wirtschaftsrat arbeitsunfähig war und daß bestenfalls einige nichtsaftige Richtlinien herauskommen würden. Eine weitere Verschleppung der praktischen Arbeit, wie sie tatsächlich durch die dreiwöchige Tätigkeit des Wirtschaftsrats eingetreten ist, mußte aber umso mehr verhindert werden, als sich schon in diesen drei Wochen wieder alle Voraussetzungen grundlegend verschoben haben. Auf dem landwirtschaftlichen Gebiet sei nur als Beispiel auf die erneute Senkung des Butterpreises von 114 auf 110 Mark hingewiesen. Deshalb haben auch die Bauernführer gerade zur Wahrung der von der Reichs-

regierung überflüssig und ohne ausreichende Ermöglichung der Zusammenhänge einseitigen Autorität des Reichspräsidenten darauf dringen müssen, daß die Einzelentscheidungen und Einzelmeinungen zugunsten der Durchführung eines geschlossenen Programms beiseitegeschoben werden. Es handelt sich um mehr als um das Ansehen der Reichsregierung; es geht in dieser Entscheidungsstunde der Wirtschaftspolitik um das Schicksal des deutschen Volkes.

Auch Potsdam hat seinen Bestechungsfall.

Beim Städtischen Tiefbauamt in Potsdam ist ein umfangreicher Korruptionsfall entdeckt worden. Die Staatsanwaltschaft hat bisher zwei städtische Beamte, den Stadtbauamtmann Rießing und den Stadtbauamtsführer Werbrant, verhaftet lassen. In einem stundenlangen Verhör haben sie teilweise ihre Verfehlungen eingestanden. In den Bestechungsfall sind allerdings auch noch andere städtische Beamte und Firmen verwickelt. Der Korruptionsfall hat schon jetzt in der Bürgerstadt Potsdams große Beunruhigung hervorgerufen.

Gerüchte über den Leiter des Städtischen Tiefbauamtes gingen schon seit längerer Zeit in der Stadt um. Stadtbauamtmann Rießing soll bei der Verteilung von städtischen Aufträgen gewisse Unternehmer unrechtmäßig bevorzugt haben. Die Unternehmer sollen auch dann bei den Kostenschätzungen berücksichtigt worden sein, wenn ihre Vorschläge in keiner Beziehung zu den Aufwendungen standen. Es erregte beispielsweise in Potsdam einiges Aufsehen, daß ein Klempnermeister, der bei der Renovierung der Heiligengeistkirche mitarbeitete, sich bald danach ein Haus und ein Auto kaufen konnte. Schmiergelder in ziemlichem Umfang sind den städtischen Beamten jedesmal in die Taschen geflossen.

Dem Finanzamt Potsdam war von den merkwürdigen Vorgängen im Städtischen Tiefbauamt rechtzeitig Mitteilung gemacht worden. Gegen einige Beamte machte man ein Steuerhinterziehungsverfahren anhängig. In dieses Verfahren wurden aber bald so viele Beamte und Unternehmer verwickelt, daß das Finanzamt den Fall der Staatsanwaltschaft zur Bearbeitung übergab. Schmiergelder wurden vor allem von der Tiefbaufirma Gustav Tübener in Mittenberg verteilt. Die Erdarbeiten am Potsdamer Brauhausberg auszuführen hatte. Der Leiter des Tiefbauamtes will von diesem Bauunternehmer 12.000 Mark, der Oberbauamtsführer Werbrant 500 Mark erhalten haben. Tatsächlich scheinen aber die Ausgaben des Mittenborfer Bauunternehmers an die pflichtvergessenen Beamten noch viel größer gewesen zu sein. Bauunternehmer Tübener sagte nämlich aus, daß er nach Potsdam mehr als 80.000 Mark an Bestechungsgeldern gezahlt habe. In seiner Steuererklärung gab der Bauunternehmer diese umfangreichen Bestechungsgelder als „Verboteiten“ aus. Es ist erwiesen, daß die Beamten des Tiefbauamtes und verschiedene Unternehmer unter einer Decke gehandelt haben und sich gegenseitig in die Hände arbeiteten.

Der Potsdamer Bestechungsfall beschränkt sich leider nicht auf diesen einzigen Korruptionsfall. Beim Bau des städtischen Krematoriums und, wie schon erwähnt, bei der Restauration der Heiligengeistkirche sollen ähnliche Verfehlungen vorgekommen sein. Die Staatsanwaltschaft beschäftigt sich sehr eingehend mit jedem einzelnen Fall und wird, wenn nötig, noch weitere Haftbefehle verhängen. Die Stadterordneten und der Magistrat haben am Montag zu den peinlichen Vorgängen bereits Stellung genommen.

Besonders merkwürdig ist dieser Korruptionsfall für den Potsdamer Oberbürgermeister Kausler, der erst



Im Nu ist die Zeit der Weihnachtswerbung da. Warten Sie deshalb bitte nicht bis zuletzt mit der Anfertigung geschmackvoller Werbedrucksachen. Geben Sie uns bitte schon jetzt Ihre Wünsche bekannt, damit wir Ihnen in Ruhe mit guten Vorschlägen dienen können. Druckerei des „Riesaer Tageblatt“ Goethestr. 59.

Radeberger Pilsner Sternburg-Bier



12. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Die Tafel war aufgehoben worden, und das Fürstinnenpaar zusammen mit dem Brautpaar hielt Cercle. Die Jugend aber wartete mit Ungeduld auf den Beginn des Tanzes. Die fürstlich Löwenbergische Musikkapelle hatte während der Tafel gespielt und harrte jetzt des Zeichens, um mit einem Walzer zu beginnen.

Da trat plötzlich der Adjutant des Prinzen an diesen heran und sprach einige Worte mit ihm. Der Prinz stand auf, entschuldigte sich bei seiner Braut und folgte dem jungen Offizier aus dem Festsaal hinaus.

Munter plaudernd standen die Gruppen, und auch das Fürstinnenpaar unterhielt sich lebhaft mit seinen Gästen.

Endlich kehrte Prinz Egon in den Saal zurück, aber seine Züge trugen, obwohl er sich beherrschte, einen bleichen, verführten Ausdruck.

„Was ist dir?“ fragte Rotraut erschreckt, „und warum ziehst du dich ab?“

„Eine dienstliche Meldung.“ beschwichtigte er lächelnd. „Aber sie war dir nicht angenehm.“ forschte sie unbedröblig weiter.

Er zuckte die Achseln.

„Wie kann es mir angenehm sein, in meinem höchsten Glück gefehlt zu werden! Aber mache dir keine Gedanken.“ flüster er schnell hinzu, „wir wollen uns unser Glück und unsere Freude nicht stören lassen. Nur — einen Augenblick gestatte mir noch, ich möchte einige Worte mit meinem Vater sprechen.“

Rotraut sah, wie der Prinz auf den Fürsten zuschritt, ihm etwas zuzuscherzte, wie dieser sich darauf mit dem Sohn zurückzog, und als sie nach einiger Zeit zurückkamen, lag auch auf des Fürsten Antlitz dieser trübe, schwere und verführte Ausdruck, wie sie ihn vorhin beim Prinzen Egon wahrgenommen hatte. Was war geschehen? Rotraut hing an sich ernstlich zu beunruhigen.

Nach laute und plauderte die Jugend und schien mit Sehnsucht auf den Tanz zu warten. Aber das Zeichen dazu wurde noch immer nicht gegeben. Und die Musik schwieg.

„Soll denn nicht mit dem Tanz begonnen werden?“ fragte Rotraut ihren Bräutigam, als er wieder an ihre Seite trat.

Er zögerte sekundenlang.

„Nein, mein Schatz, — wir werden heute nicht tanzen.“ entwortete der Prinz gepreßt.

„Nun sah sie ihn bestürzt an.“

„Egon, was bedeutet das? — Antworte mir — du verhältst mir etwas — es ist etwas seltsames.“

Die beliebtesten und bevorzugtesten Qualitäts-Markenbiere am Platze

Man verlange sie überall

Vertr. Rich. Schwade, Exportbierhaus Riesa Fernruf 49

Er sah die Angst in ihren Wänden und wußte, daß er nun nicht mehr ausweichen konnte. Beruhigend griff er nach ihrer Hand und zog sie etwas abwärts.

„Ja, mein Lieb — es ist etwas geschehen.“ flüsterte er ihr zu, „etwas Bedeutames — Erschütterndes, das nicht uns allein, sondern die ganze Welt trifft.“

„Was ist's?“ unterbrach sie ihn, vor Ungeduld bebend.

„Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich und seine Gemahlin sind heute — ermordet worden.“

„Wie entsetzlich!“ sagte sie schauernd, und ein Beben lief durch ihren Körper. „Wie konnte das geschehen — wie war es möglich?“

Halblauten Tones berichtete er, was er vorhin erfahren hatte.

Erschüttert stand sie da.

„Die armen, armen Kinder!“

„Es werden nicht nur die eigenen Kinder sein, die da zu bedauern haben wirst.“ antwortete er bedrückt. „Diese Schandtat bedeutet mehr, — aber —“ er raffte sich zusammen, „laß uns noch eine kurze Spanne Zeit das Grausige vergessen und uns froh unser Glückes freuen. Zeige mir und den anderen wieder dein sonnigfrohes Lächeln, Geliebte, damit man nicht merkt, daß etwas geschehen ist. — Nur diesen kurzen Abend laß uns noch genießen.“

„Daß es gerade heute an unserem Verlobungsfest geschehen mußte!“ sagte sie, noch immer unter dem Bann des Gehörten stehend, aber sie zwang doch ein Lächeln auf ihre Lippen, als sie am Arm ihres Verlobten zu den anderen zurückkehrte.

Aber die graue Kunde ließ sich nicht lange verbergen. Von Mund zu Mund pflanzte sie sich fort, von Gruppe zu Gruppe. Da war es, als ob ein Blitzstrahl aus heiterem Himmel heruntergefahren wäre und alle vor Entsetzen und Grauen gelähmt hatte. Schließlich stand der Fürst auf und verkündete mit bebender Stimme, was geschehen war, und daß es sich unter diesen Umständen verbiete, sich an Musik und Tanz zu erfreuen. Aber auch wenn diese äußeren Zeichen fehlten, lehte er hinzu, so solle man dem Zweck der Feste eingedenk bleiben und nicht aus dem Auge verlieren, daß auf dieser Welt neben dem Schmerz auch die Freude wohnt, und dieser Freude solle sich niemand — am wenigsten aber das glückliche Brautpaar, entziehen.

Trotz dieser ermunternden Worte wollte die rechte Freude nicht mehr auskommen. Wohl fand die Jugend bald wieder frohe Worte, aber im Innern blieb ein Schauern vor dem unerhörten Geschehnis.

So endete das Fest, das so prunkvoll und vielversprechend begonnen hatte, mit einem traurigen Ausklang. Auf allen Gemütern lastete die Schwere dieses Ereignisses, das nicht nur ein Mißfallen und einen Abscheu vor der Tat selbst verursachte, sondern Schlimmeres vorauszuahnen ließ.

Am nächsten Tage lehrte Rotraut mit ihren Eltern wieder nach Schloß Hallberg zurück. In ihr glittote die Schreckenstat, deren Kunde mitten in ihre Freude und in ihr strahlendes Glück gefallen war, noch mehrere Tage nach. Wie eine böse Vorbedeutung erschien es ihr, wie ein laßes Mahnen, daß ihr Glück keinen Bestand hat, daß es keine ungetrübbte Freude und keinen Becher reinen Lebenswallers ohne einen Tropfen Bitterkeit gibt.

Die Zeitungen waren in der nächsten Zeit voll von diesem Ereignis und hielten das Interesse wach. Allmählich jedoch flaute es ab, neue Vorkommnisse drängten es in den Hintergrund, und bald ging man wieder zur Tagesordnung über.

Die frohe, sonnige Heiterkeit Rotrauts brach sich wieder Bahn. Eigene Angelegenheiten, Wünsche, Forderungen und Hoffnungen an das Leben, die alles überwindende und im strahlendem Lichte schimmernde Jugend halfen ihr schnell über die Mißstimmung hinweg.

Es gab so viel Abwechslung jetzt auf Schloß Hallberg. Da wurden Besuche empfangen und gemacht, und dabei gab es andere Dinge zu erörtern, als jene schredliche Mordtat von Serajewo.

Täglich kam der Prinz, da er keinen Tag ohne seine schöne Braut sein mochte. Dann wurden Ausstattungsangelegenheiten beraten, er brachte Entwürfe zur Einrichtung der Räume von Schloß Solitude bei Löwenberg mit. Einmal mußte ihn Rotraut mit ihren Eltern nach Solitude begleiten, um alles in Augenschein zu nehmen und ihre besonderen Wünsche zu äußern. Ein Feenreich wollte er für „seine Königin“ schaffen, und Rotraut mußte oft Einhalt gebieten, um ihn nicht zu verschwenderisch walten zu lassen.

Aber alledem verging die Zeit wie im Fluge. Die Vorgänge in der Weltgeschichte gingen in eigenen Wünschen und Hoffnungen unter.

Eines Tages aber brachte der Prinz eine Nachricht mit, die die Gemüter doch beunruhigte. Oesterreich hatte an Serbien ein Ultimatum gestellt und Genugtuung für den grauen Mord gefordert. Die Antwort blieb noch aus, aber der Prinz sprach von einem möglichen Kriege.

Krieg! Rotraut hatte keine rechte Vorstellung davon und machte sich nicht viele Gedanken darum. Oesterreich und Serbien würden sich beide auseinanderlegen, — an die Möglichkeit, daß Deutschland mit hineingezogen werden könnte, dachte sie kaum. Aber der Krieg kam dennoch. Zwischen Hoffen und Furchten fiel die Entscheidung und löste jenes ungeheure Erleben in den Seelen aus, wie es die Weltgeschichte bisher noch nicht gekannt hatte.

Der Prinz war es, der zuerst die Nachricht brachte: Mobilmachung! Erregt und bleich und doch voll Kampfbegiertheit, stand er vor Rotraut, hielt ihre Hände und sah ihr in die Augen: „Nur wenige Tage noch, dann muß auch ich in den Kampf. Laß diese kurze Frist uns gehören,

vor wenigen Wochen die Finanzlage Potsdams als Muster für die übrigen Kommunalverwaltungen hinstellte. Kaufher war es auch, der seinerzeit bei der Entdeckung des Berliner Sklarek-Skandals die schärfsten Worte gegen jede kommunale Korruption sand.

Willy Sklarek erkrankt.

Abi. Berlin. Zu Beginn der Montagsverhandlung im Sklarek-Prozess teilte der Vorsitzende mit, daß der Angeklagte Willy Sklarek erkrankt hätte, ihn wegen seines leidenden Zustandes heute von der Verhandlung zu beurlauben. Er habe eine gerichtsarztliche Untersuchung durch Medizinalrat Dr. Störmer veranlaßt. Die Verhandlung wurde darauf um einige Zeit vertagt und nach der gerichtsarztlichen Untersuchung erkrankte Dr. Störmer sein Entschließen, das zu dem Ergebnis kam, bei Willy Sklarek, dessen Allgemeinzustand leidend sei, lägen eine Reihe von chronischen Störungen vor, zu denen sich eine akute Magen- und Darmstörung gesellt habe, die seinen Wunsch, heute der Verhandlung nicht beizuwohnen zu müssen, durchaus begründet mache. Willy Sklarek sei nicht imstande, seine Interessen mit der nötigen Genauigkeit wahrzunehmen, es würde genügen, ihn für einen Tag von der Verhandlung zu beurlauben. Nach dem Antrage des Oberstaatsanwalts vertagte der Vorsitzende die Verhandlung auf Dienstag. — Die Zeugen Rading und Scholz werden erst am Donnerstag gehört.

Gerichtssaal.

Vorführungsbefehl gegen einen nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten

In einem Beleidigungsprozeß des Bürgermeisters der Stadt Wehlen gegen den dortigen nationalsozialistischen Stadtverordnetenordner sollte der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Dr. Benncke als Zeuge vernommen werden, der aber nicht erschien. Der Prozeß mußte deshalb vertagt werden. Dr. Benncke erhielt wegen seines Ausbleibens eine Geldstrafe von 50 RM und muß außerdem die durch die Vertagung entstehenden Prozeßkosten zahlen. Das Gericht erteilte weiter Vorführungsbefehl, der aber erst durch den Landtag genehmigt werden muß.

Wegen Beleidigung des Landtagspräsidenten verurteilt

Vom Dresdener Amtsgericht wurde der verantwortliche Schriftleiter des „Freiheitskampf“, Arno Franke, wegen öffentlicher Beleidigung des sächsischen Landtagspräsidenten Wedel zu 150 RM Geldstrafe, ersatzweise zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt. In der Nummer vom 10. Februar hatte der „Freiheitskampf“ unter der Überschrift „Ist das wahr, Herr Wedel?“ eine Zuschrift veröffentlicht, in der mitgeteilt wurde, daß eine in Chemnitz lebende Verwandte des Landtagspräsidenten zu einem Bezirksvorsteher des Chemnitzer Jugend- und Wohlfahrtsamtes geduldet habe, sie habe einem Schwager 600 RM geliehen und das Geld bisher noch nicht zurückbekommen. Dieser Schwager sei der jetzige Landtagspräsident Wedel, der sie jetzt überhaupt nicht mehr kennen wolle. Vor Gericht stellte sich heraus, daß es sich zwar um eine Verwandte des Präsidenten handelte, daß dieser sie aber überhaupt nicht kennt und niemals Geld von ihr geliehen hat.

Ein falscher Doktor und seine Verurteilung

Seit Frühjahr 1931 bereiste ein angeblicher Dr. Behrens die deutschen Großstädte und erwarb sich durch Betrügereien den Unterhalt für ein sorgloses Leben. In Kadebeul verstand er es, sich durch sein elegantes Auftreten in eine angesehenere Familie einzuschleichen und sich mit der Tochter zu verloben. Man war natürlich sehr erstaunt, als bekannt wurde, daß der Bräutigam ein vielfach vorbestrafter Betrüger ist, der sich den Doktorittel zulegte und der in Wirklichkeit der Krankenpfleger Johannes Mathias Peters ist. Peters ist in München-Grubbad verheiratet und erst im Juni 1930 nach Verbüßung einer längeren Strafe aus dem Zuchthaus entlassen worden. Er begab sich damals zuerst mit chemischen Präparaten nach Frankreich und Luxemburg, um sehr bald wieder in sein altes Metier des Betruges zurückzufallen.

Vor dem Gemeinsamen Schöffengericht war Peters jetzt geständig. Der Staatsanwalt verneinte mildernde Umstände und forderte Zuchthaus. Das Gericht ließ eine gewisse Notlage des Angeklagten als strafmildernd gelten und verurteilte ihn zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis sowie Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre. Strafschärfend bewertet wurde die große Zahl der Strafsfälle und die großen Einnahmen, die der Angeklagte dadurch hatte.

uns ganz allein — werde mein — morgen kann die Kriegstraueung stattfinden.“

Da war es ihr, als wüßte der Boden unter ihren Füßen, vor ihre Augen legte sie ein Knebel. Sie entzog ihm ihre Hände und streckte sie wie abwehrend aus:

„Nein — nein — nicht jetzt, nicht so schnell!“ Nieß sie gequält hervor.

Enttäuscht und traurig sah sie der Prinz an. Er hatte gehofft, daß sie den gleichen Wunsch hegte. „Warum nicht?“ fragte er gepreßt.

Sie brach statt einer Antwort in Tränen aus und wurde erst ruhiger, als die Mutter sie in ihre Arme nahm und ihr begütigend zuredete. Und auch dem Prinzen redete sie zu, von seinem Verlangen abzustehen. Es wäre besser Rotraut bliebe in der schweren Zeit noch bei ihnen, und sie müßten es bei dem festgelegten Tage im Oktober belassen. Ein junges Mädchen erwarte von ihrem Hochzeitstage eben mehr als eine einfache Kriegstraueung ohne Sang und Klang, und er möge sich noch gedulden. Die Monate gingen schnell vorüber, und sie würden dann ihr Glück länger auskosten können, als jetzt in aller Eile, und vielleicht gäbe es dann schon Frieden.

Der Prinz stand von seinem Verlangen ab, so schwer es ihm wurde. Am nächsten Tage kam er noch einmal, um Abschied zu nehmen. Er drückte Rotraut an sein Herz und wollte sie nicht lassen, und sie weinte an seiner Brust heiße Abschiedstränen. Er nahm diese Tränen als einen köstlichen Beweis ihrer Liebe und als Trost und Ersatz mit in den Kampf.

Das große Ringen hatte begonnen, die Zeitungen brachten Siegesnachrichten über Siegesnachrichten. Durch alle Seelen flog die Begeisterung und alle Herzen schlugen in der Liebe zum Vaterlande.

Die Fürstin von Löwenberg war nach Schloß Hallberg gekommen und hatte gebeten, Rotraut für einige Zeit mit sich nehmen zu dürfen, damit sie ihr zur Seite stünde in dem großen Liebeswert. Verwundete in den Lazaretten zu besuchen, sie zu trösten und zu erfreuen. Obgleich Gräfin Haller nicht damit einverstanden war, ihr junges, sonnig heiteres Kind schon so viel Elend schauen zu lassen, willigte sie doch ein, da Rotraut sich soaleich freudig bereit dazu erklärte.

Bermischtes.

Eisenbahnunglück in Missouri. Bei Lexington in Missouri entleerte ein Sonderzug, der von Kansas City nach Chicago fuhr. Dabei wurden fünf Menschen getötet und mehrere verletzt.

Griechischer Dampfer an der algerischen Küste gestrandet. Nach einer Weildung aus Oran ist der griechische Dampfer Michael Ambricos etwa 35 Kilometer von der Küste entfernt auf ein Felsenriff gelaufen. Auf die SOS-Rufe hin eilten der deutsche Dampfer Afrika und der englische Dampfer City of Oakland zu Hilfe. Seit Mitternacht sind die Küstenstationen ohne Verbindung mit dem Dampfer, so daß man das Schicksal befürchtet.

Huchthaus wegen Aufreizung englischer Matrosen zur Meuterei. Der 26-jährige Angeklagte der kommunistischen Zeitung Daily Worker Frank Patterson wurde am Montag wegen Aufreizung von Marineangehörigen zur Meuterei zu 2 Jahren Huchthaus verurteilt. Er wurde vom Gericht für einen aufreizenden Artikel, der im Daily Worker erschienen war, verantwortlich gemacht.

Ein 70-jähriger Einbrecher verhaftet. Der Landstrafminalpolizei gelang es, auf dem Schiffsfeld in Schwerin, dem Schweriner Industriegelände, einen Verbrecher zu verhaften, der vor längerer Zeit aus dem Blauer Amtsgerichtsgefängnis entflohen war. Im Mecklenburgischen Gebiet sollen ihm über 70 Einbrüche zur Last, die er insbesondere in Mittel- und West-Mecklenburg ausgeführt hat.

Die Trockenlegung der Suidersee. Für das große Werk der Abschließung und Trockenlegung der Suidersee ereignete sich gestern nachmittag ein historischer Augenblick, als eine der beiden noch offenen Stellen des Abschlußdammes, die sogenannten „Mittelgronden“, völlig geschlossen wurden. Dieses Ereignis wurde von allen bei den Suiderwerken tätigen Schiffen und Maschinenunternehmen mit lang anhaltendem Sirenenheulen begrüßt. Die Abschließung der anderen noch offenen Stellen, des sogenannten „Nietes“, hofft man Mitte nächsten Jahres vornehmen zu können.

Die ewige Braut. So wie Solweig in Ibsens Drama als ewige Braut auf den in der Welt herumirrenden Beer Wont wartet, so hat eine Amerikanerin Jenny Wilson durch mehr als ein halbes Jahrhundert auf ihren verschwundenen Bräutigam gewartet. Diese schwerreiche Dame war mit einem Schiffskapitän verlobt und hatte ihm das Gelübde abgenommen, nach der Hochzeit keine Seereise mehr zu unternehmen. Am Hochzeitstage unternahm er einen letzten Ausflug, fuhr auf einem Segelschiff aus und kehrte nicht wieder. Die Braut aber wartete geduldig auf den Verheirateten. Bei jeder Wahlzeit wurde für ihn gebetet und ein Hochzeitsstücken auf seinen Platz gestellt. Je länger sie wartete, desto stiller wurde ihr Wesen. In den letzten 30 Jahren hat sie sich nicht mehr in der Öffentlichkeit gezeigt. Sie bewachte aber auf geheimnisvolle Weise ihre Schönheit, und als sie jetzt in Philadelphia mit 74 Jahren starb, hatte sie kein einziges weißes Haar und keine Runzel. Sie hinterließ 42 Millionen Dollar, die sie für wohltätige Zwecke sowie für ihre Katzen und Hunde bestimmt hat, die die einzigen Geliebten während des langen Lebens der ewigen Braut waren.



Vitamin D hergestellt.

Dem Göttinger Professor Adolf Windaus, der bereits im Jahre 1928 für seine Arbeiten auf dem Gebiete der Vitamin-Forschung den Chemie-Nobelpreis erhielt, ist es gelungen, das Vitamin D in chemisch fahbarer Form herzustellen. Das Vitamin D besitzt besonderen Wert für die Bekämpfung der englischen Krankheit.

So fuhr Rotraut mit der Fürstin nach Löwenberg, nie, wie einst zu Glanz und Festschicklichkeit, sondern, um als zukünftige Prinzessin heilige Pflichten zu erfüllen. An der Seite der Fürstin besuchte sie die Lazarette, spendete den Verwundeten Blumen und kleine Andenken, sprach tröstende Worte zu ihnen, streichelte ihnen die Hände und lächelte ihnen zu, und manches Auge leuchtete froh auf, mancher Schmerz wurde vergessen, wenn die holde Erscheinung an ihre Betten trat. Die Fürstin bemerkte mit stolzer Freude und Genugtuung, welchen wohltätigen Einfluß ihre junge schöne Schwiegertochter auszuüben verstand. Sie schloß sie immer tiefer in ihr Herz.

Rotraut fühlte sich aber nicht so befriedigt, wie zu erwarten war. Ihr jetziger Aufenthalt in Löwenberg mit all den veränderten Verhältnissen brachte es ihr erst zum Bewußtsein, wie verträglich der Glanz war, nach dem sie gestrebt hatte, wie wichtig alles in der Welt: Stand, Name, Rang, Reichtum und Macht. Was bedeutete das jetzt alles in dem großen, blutigen Völkerringen? Waren nicht alle gleich, ohne Unterschied — bot nicht jeder seine Brust und sein Leben dem Vaterlande und litt und starb darum? Wieviel Schmerz, Elend und Tränen waren in der Welt! Auch sie grämte und härmte sich und hatte eigentlich keine Ursache dazu. Prinz Egon war gesund und munter, und da er einem Stabe angehörte, nicht in der Gefährzone. Er schrieb Briefe voll zärtlichster Liebe aus dem Felde und konnte die Zeit nicht erwarten, wo er im Oktober heimkommen und sie sein eigen nennen durfte.

Rotrauts Herz brannte, aber sie fand wenig Zeit, über den Grund nachzudenken. Die Fürstin beanpruchte sie wie eine Tochter; sie mußte jederzeit auf dem Posten sein und war nie Herrin über sich selbst. Da erwarbte die Sehnsucht nach ihren Eltern, nach ihrem lieben Hallberg mit harter Gewalt in ihr. Nur wieder daheim wollte sie sein, an den Stätten froher Erinnerungen, wo sie so glücklich und zufrieden gewesen war, wo sie gemeint hatte, die ganze Welt läge ihrer Schönheit zu Füßen, biete ihr alles Glück eines Erdenbajens, und sie brauche nur zuzulanden. Fast fieberhaft sehnte sie sich heim, und eines Tages sagte sie sich ein Herz und bot die Fürstin, heimkehren zu dürfen. Es war schon September, und Mitte Oktober sollte die Hochzeit sein. Die

Unterdrückung bei der Commerz- und Privatbank.

X Berlin. Auf einer Debatte der Commerz- und Privatbank in Bantow ist man schweren Überzeugungen auf die Spur gekommen. Dieser, der 30-jährige Willy Brücking, wurde festgenommen. Der Richter hat Haftbefehl erlassen. Der Kaffierer hat einseitigen, Unterdrückungen in Höhe von 80000 Mark begangen zu haben. Bei einer Kontrolle hat sich ergeben, daß Brücking über die Konten von Bankkunden Gelder für die eigene Tasche gemacht hat. Die Unterdrückungen sollen bis in das Jahr 1924 zurückreichen. Die Prüfungen der Bücher sind noch nicht abgeschlossen.

Rundfunk-Programm.

Mittwoch, 25. November.

Berlin — Stettin — Magdeburg.

6.30: Funk-Gymnastik. — Anschließend bis 8.15: Frühkonzert. — 9.00: Schulfunk. Aus der Geschichte der Berliner Bezirke. „Tempelhof.“ — 12.30: Wettermeldungen für den Landwirt. — 14.00: Volkstümliche Unterhaltung (Schallplatten). — 15.20: Märkische Bodenschätze und ihre industrielle Ausnutzung. — 15.40: Deutsch-ungarische Kulturbeziehungen. — 16.00: Personenerzeichnis zu nachfolgender Uebertragung. — 16.05: Aus dem Theater der höheren Schulen z. B. (Berliner Theater): „Der Vogelhändler.“ Operette in drei Akten von Jeller. — 17.00: Jugendstunde. Joseph Belmont stellt Jagdabenteuer. — 17.20: Von der bildenden Kunst. — 17.30: Literatur nach Maß. — 18.00: Aus dem Hotel Bristol: Unterhaltungsmusik (Kapelle Ija Wolfskoff). — 18.55: Mitteilungen des Arbeitsamtes. — 19.00: Stimme zum Tag. — 19.10: Rechtsfragen des Tages. — 19.30: Aus Leipzig: Festkonzert im Gewandhaus, Leipzig (zu seinem 150-jährigen Bestehen). Das Gewandhaus-Orchester Leipzig. — 21.30: Dichtungen aus dem 30-jährigen Krieg. — 22.30: Zeitungs- u. m. — Danach bis 0.30: Aus der Femina: Tanzmusik (Jazz-Orchester Paul Godwin und Tangotapele El Aguilar).

Königs wusterhausen.

3.30: Funk-Gymnastik. — Anschließend bis 7.30: Frühkonzert. Während einer Pause. 6.45: Wetterbericht. — 9.00: Berliner Programm. — 9.35: Anleitung zur Abfassung von Schriftstücken aller Art: Kritik und Korrektur. — 10.35: Neueste Nachrichten. — 11.30: Lehrgang für praktische Landwirte. Der Absatz der deutschen Gartenprodukte. — 12.00: Wetterbericht. — Anschließend: Schallplattenkonzert. — Anschließend: Wiederholung des Wetterberichts. — 13.30: Neueste Nachrichten. — 14.00: Schallplattenkonzert. — 14.45: Kinderstunde. Kindertheater. — 15.30: Wetter- und Börsenberichte. — 15.45: Frauenstunde. Wirtschaftsprüferin und häusliche Hauswirtschaft. — 16.00: Pädagogischer Funk. Ende oder Entwicklung der pädagogischen Akademien. — 16.30: Uebertragung des Nachmittagskonzertes Hamburg. — 17.30: Das internationale Journalistentribunal im Haag. — 18.00: Vortragsabend des britischen Weltreich-Gedankens. Joseph Chamberlain. — 18.25: Ein Besuch bei den Walfängern Süd-Georgiens. — 18.45: Wetterbericht. — Anschließend: Stunde des Beamten. Beamtendienst in der Zeit des Staates. — 19.10—19.30: Berliner Programm. — 21.30: Tages- und Sportnachrichten. — 21.45: Aus Frankfurt am Main: Aus dem Großen Saal des Saalhauses: Sunter Abend. — 22.30: Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. — Anschließend: Berliner Programm.

Ihr Herz

macht mehr als 100000 Zusammenziehungen (Schläge) täglich und das Ihr ganzes Leben lang, ohne Ruhe, ohne Pause. Daran ist zu erkennen, wie wichtig die Pflege und Schonung dieses lebensnotwendigen Organes ist. Schonen Sie Ihr Herz, trinken Sie den bewährten koffeinfreien

Kaffee Hag!

Ihr Arzt wird Ihnen denselben Rat geben, wenn Sie ihn fragen. Die Substanz im Kaffee, die schädliche Wirkungen haben kann, ist einzig und allein das Caffein, und das ist dem Kaffee Hag entzogen. Geschmack und Aroma sind genau so, wie beim gewöhnlichen Kaffee. Sie entbehren also nichts. Kaffee Hag schmeckt ganz vorzüglich.

Kaffee Hag ist gesund!

In jedem Paket ein Gutschein für Hag- Porzellan oder Kaffee Hag.

Fürstin gab sie ungern her, sah aber wohl ein, daß die letzten Wochen Rotrauts noch deren Eltern gehören mußten, und daß sie selbst sich gedulden mußte bis zu der Zeit, wo sie sie für immer um sich haben durfte.

So kehrte Rotraut nach Schloß Hallberg zurück, und es war ihr, als ob sie nicht Wochen, sondern Jahre fortgewesen wäre. Mit fast leidenschaftlicher, ihr sonst fremder Zärtlichkeit begrüßte sie die Eltern, strich in ihrem Zimmer lieblosend über die Möbel, suchte im Park ihre Lieblingsplätze auf und fühlte sich wieder daheim und geborgen, als kehre sie nach langer Irrfahrt in den schützenden Hafen zurück. Und dennoch war es nicht mehr wie einst. Was vor dem ihre Welt ausgemacht hatte, war ihr genommen. Die Feste waren vertraut, die fröhlichen Stimmen verklungen. Manah einen von den jungen lebenslustigen Offizieren, ihren eifrigen Bewunderern, dachte schon die ferne fremde Erde, und andere standen noch mitten im blutigen Kampf. Auch auf Schloß Hallberg war es einsamer geworden. Die Leute, die Diener, waren zum größten Teil zum Heer eingezogen, nur die älteren Bediensteten und die Frauen waren noch da. Es war, als wenn ein Sturm über das Land gelegt und alles fortgenommen hätte, was einst war. Da wollte der frohe Jugendübermut nicht mehr erwachen, das heitere Lachen, das einst die weiten Hallen erfüllt hatte, war verstummt.

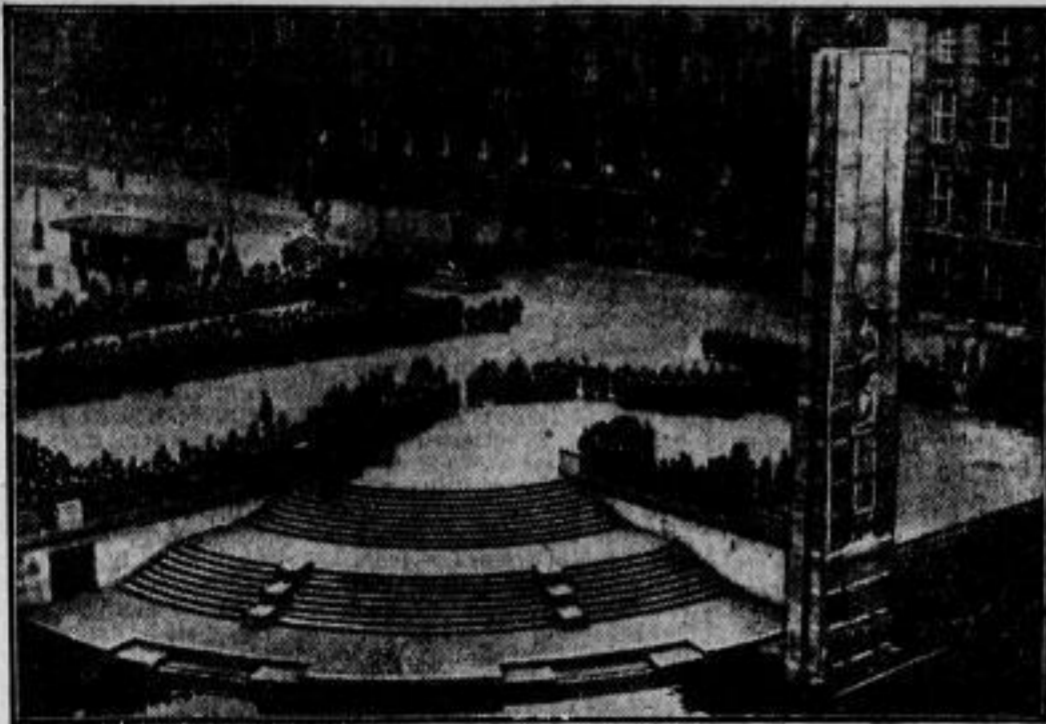
Die Träume waren ausgeräumt und die bittere Wirklichkeit nahm ihre Stelle ein. Ach, nur einmal wollte sie träumen dürfen wie einst, nur einmal wieder sorglos und better kein! Hatte der Krieg sie so ernst und schwerblütig gemacht, oder war es etwas anderes, was an ihr nagte und kratzte?

Still und nachdenklich ging sie im Schloß und Park umher und wußte nicht recht, was sie mit ihrer Zeit anfangen sollte, da nichts imstande war, sie fesseln.

Eines Tages suchte sie den Bibliotheksaal auf, um sich ein Buch zu holen. Es war ein sonnenheller Septembermorgen. Als sie in den Saal eintrat und die hellen Sonnenstrahlen auf dem Parkettfußboden tanzen sah, durchdrang sie eine Erinnerung an jenen Naimorgen, als sie hierhergekommen war, um nach einer alten Sage zu suchen.

Fortsetzung folgt.

Thumbnails vom Tage in Bild und Wort.



Das Hamburger Gefallenen-Ehrenmal eingeweiht. Mit einer schlichten Feyer wurde das Hamburger Ehrenmal für die Gefallenen des Weltkrieges an der Kleinen Alster eingeweiht.



Toten Sonntag am Ehrenmal. Das Gefallenen Ehrenmal in Berlin Unter den Linden war am Totensonntag das Ziel Tausender, die an dieser Stelle der Toten des Weltkrieges gedachten.



Hierauf sind die Augen der Welt gerichtet: das Gebäude der Tributbank — der Bank für Internationale Zahlungen — in Basel, wo der Sonderauschuss zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands am 7. Dezember zusammentreten wird.



Fichtes Grab wiederhergestellt.

Das Grabmal Johann Gottlieb Fichtes auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Berlin ist jetzt mit Unterstützung der Fichte-Gesellschaft wiederhergestellt worden.

Bilder links.

Frankreichs Vertreter im Prüfungsausschuss.

Als französisches Mitglied des Sachverständigenausschusses zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit ist der zweite Direktor der Bank von Frankreich, Rist, ernannt worden.

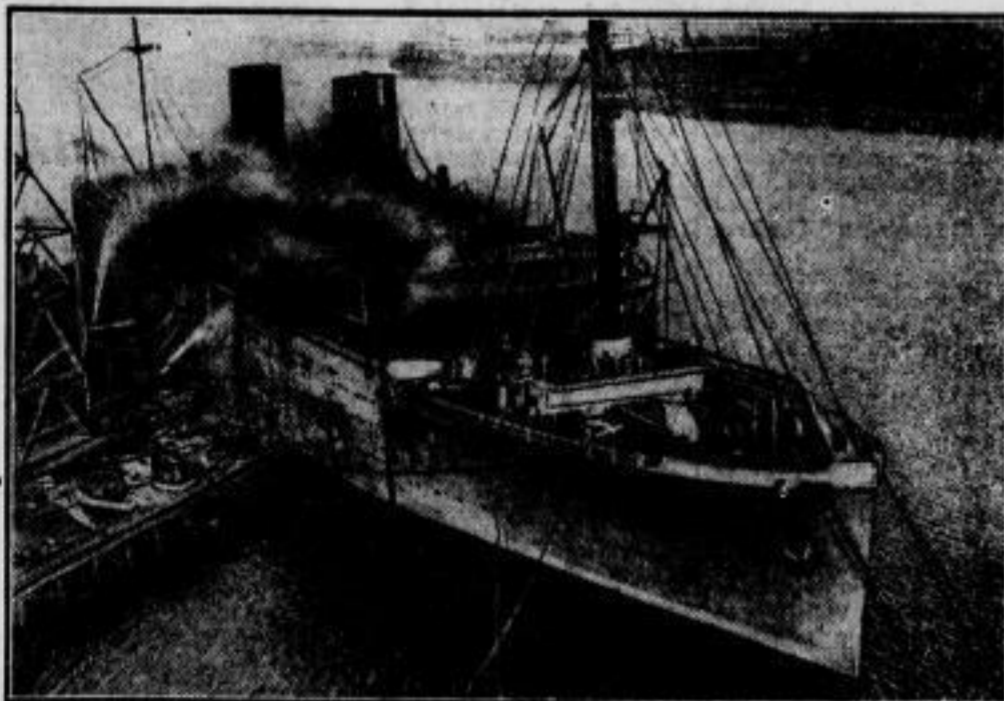
Zum Jubiläum von Geheimrat Bier.

Geheimer Medizinalrat Professor August Bier-Berlin, der hervorragende Chirurg, der weit über Berlin hinaus berühmt ist, begeht am 24. November die Feier seines 70. Geburtstages.



Das eleganteste Tänzerpaar.

Auf dem Internationalen Tanzturnier in Berlin, bei dem die besten Amateure aus allen europäischen Ländern zusammentrafen, ging als Sieger und damit auch als Europameister das englische Geschwisterpaar Wells, das auch Inhaber des englischen Meistertitels ist, hervor.



Ein Ozeandampfer brennt.

Das 19.000 Tonnen große Luxusmotorschiff „Bermuda“ wurde im Hafen von Belfast, wo es zu Ausbesserungsarbeiten im Dock lag, durch einen Brand vollkommen zerstört. Der Schaden beträgt über 15 Millionen Mark.



Schupo mit Zylinder.

kein Carnevalscherz, sondern die übliche Kopfbedeckung der Polizisten eines Vorortes von Barcelona. Bevollständigt wird dieser sonderbare Anzug noch durch die Gummischuhe, mit deren Hilfe man wohl die Diebe überraschen will.



34 Todesopfer eines Grubenunglücks in England.

In einem Bergwerk bei Doncaster in England wurden durch eine Schlagwetterexplosion 34 Arbeiter getötet und 19 schwer verletzt. Unsere Aufnahme gibt einen Blick auf die Unglücksgrube wieder, an deren Eingang sich die Angehörigen und Kollegen der Verunglückten angesammelt haben und auf das Ergebnis der Rettungsarbeiten warten.

Turnen - Sport - Spiel - Wandern

In Röhrenau Punktteilung.

Wie schon in der Vorkampfbildung, traten die Röhrenauer zum Verbandsspiel gegen Reichsbahn, Dresden mit mehrfacher Erlaubnis an. Der Vereinsleiter war deshalb im voraus klar, daß sehr wenig Möglichkeit auf Sieg vorhanden sein konnte, aber wider Erwarten erlebte die Röhrenauer ein durch großen Eifer die fehlenden Spieler.

Reichsbahn hat Platzwahl, entscheidet sich für die günstige Seite, den leichten Wind im Rücken. Röh. Anstöß wird vom Linksaußen schon zur Mitte weitergeleitet und Röh. Halbrechter sehr unbehaltbar das Leder zwischen die Pfosten. Dies in der 1. Minute. Die Reichsbahner können dies kaum lassen. Man hört dauernd laute Kommandorufe, aber es klappte noch nicht recht. In der 4. Minute bedrückt der Röh. rechte Verteidiger den Torwächter ab und ein langer Schuß vom Reichsbahn-Mittelfürmer bringt den billigen Ausgleich. Beide Torhüter haben nun öfter einzugreifen, vor allem sind die Verteidigungen kaum zu überwinden. Röh. Ersatzmittelfürmer gibt zu schwache Bälle, man vermischt das Außenspiel, er läßt sich zuviel im Nachkampf ein, dadurch leiden auch die Außenläufer und es fehlt auch der Aufbau. Auch sämtliche Torabstöße kommen immer wieder in die Mitte, und die Außen stehen ungedrückt da. Sehr selten erhält der Rechtsaußen den Ball, aber in der 14. Minute setzt er sich schon durch und sein Schuß fliegt an dem herauslaufenden Torwächter zum 2:1 für Röh. in den Maschen. Der rechte Ver-

teidiger der Reichsbahn spielt sehr hart. Der sonst aufmerksame Schiedsrichter steht zu spät im Strafraum eine solche Härte, dadurch kommt Röh. um ein weiteres Tor. Bis Halbzeit ist Reichsbahn leicht überlegen, ohne eine Veränderung des Resultates zu bringen. Nach Wiederanstoß haben die Röhrenauer 20 Minuten viel Glück, denn das Schlußdreieck meistert alles, ganz hervorragend der linke Verteidiger. Ein schöner Eckball von rechts wird vom Halbrechten durch Kopfballer knapp über die Latte geleitet. 5 Minuten später rechnet man wiederum mit einem Tor; der Torwächter verliert den Ball, aber der Mittelfürmer schießt einen Verteidiger an, und die große Gelegenheits war vergeben. Vielmehr denken beim Spiel. Die Reichsbahner besinnen sich nun nochmals und geben die letzten 10 Minuten den Ton an, aber die Röh. haben Glück. Ein Strafstoß von ca. 35 Meter läßt der Röh. Torhüter 4 Meter vor dem Tor erst aufspringen, ohne angegriffen zu werden, diese kurz vor dem Tor aufspringenden Bälle sind immer gefährlich, darum gleich aufnehmen, der Ball springt aber den Torwächter an die Latte und zurück ins Feld, so daß der Mittelfürmer ohne Mühe das gereichte 2:2 herstellen konnte. Dies geschah 4 Min. vor Spielschluss. Der Schiedsrichter Matthes-Gröblich überließ zwei höhere Offiziere, sonst hätte er korrekt. Die Röh. Ref. ließ sich von Richter 2. mit 4:2 überfahren, die Ref. war sehr erlassgeschwächt. Einen schönen Stein holten wiederum die Röh. Ref. in Richter heraus, die Richter. Ref. mußten mit 4:1 daran glauben.

Über 200 000 Wohlfahrtserwerbslose in Sachsen.

(Dresden. Die Zahl der von den sächsischen Gemeinden betreuten Wohlfahrtserwerbslosen ist auch weiterhin wieder erheblich gestiegen. Nach den Meldungen der Bezirksfürsorgeverbände an das Statistische Landesamt wurden Ende Oktober 1931 in Sachsen 192 648 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerbslose gezählt gegenüber 178 438 am Ende des Vormonats, so daß im Oktober eine Zunahme um 14 210 oder 8 v. H. zu verzeichnen ist, die wesentlich stärker ist als der Zuwachs im September 1930 (über 5,6 v. H.). Berücksichtigt man noch die 8444 Unterhaltungsempfänger, deren Anerkennung als Wohlfahrtserwerbslose das Arbeitsamt am Stichtage noch nicht ausgesprochen oder abgelehnt hatte, so ergibt sich, daß in Sachsen Ende Oktober 201 092 Arbeitslose oder 42 v. H. aller unterhalteten Arbeitslosen der Wohlfahrtspflege der Gemeinden zur Last fielen, während auf die Arbeitslosenversicherung nur noch ein Viertel entfielen. Ende Oktober 1930 dagegen versorgte die Arbeitslosenversicherung fast noch die Hälfte, die gemeindliche Wohlfahrtspflege aber nur 22 v. H. der unterhalteten Arbeitslosen. Die nachstehende Uebersicht zeigt deutlich, wie stark durch die Veränderungen in der Gesetzgebung die Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Arbeitsfürsorge und der Wohlfahrtspflege der Städte und Landgemeinden entlastet worden ist.

Ende Oktober

1930 1931

1. Hauptunterhaltungsempfänger		
a) Arbeitslosenversicherung	364	237
b) Arbeitsfürsorge	209	320
2. Wohlfahrtserwerbslose	162	402
3. Unterhaltete Arbeitslose zusammen	735	959

Die auf 1000 Einwohner errechnete Zahl der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen erreichte Ende Oktober 1931 im Landesdurchschnitt 38,8 (gegen 35,7 am 30. September 1931 und 35,8 Ende Oktober 1930). Wesentlich größer ist die Wohlfahrtserwerbslosigkeit in folgenden 14 bezirklichen Städten: Freital 71,6, Birna 70, Chemnitz 69,8, Freiberg 55,8, Wahren 54,9, Wittweida 52,7, Wurzen 50,7, Leipzig 47,6, Dresden 46,2, Wahren 46, Werdau 44,2, Riesa 43,9, Hainichen 43,6 und Weißen 41,6. Unter den ländlichen Bezirksfürsorgeverbänden standen Pirna 49,9, Leipzig 44,8, Borna 41,7 und Dresden 39,7 an der Spitze.

Devisenwirtschaft des Auslandes und deutsche Ausfuhr.

Zahlreiche europäische wie überseeische Länder haben, ähnlich wie in Deutschland, den Zahlungsverkehr mit dem Ausland unter zwangswirtschaftliche Maßnahmen gestellt, die in einer ganzen Reihe von Staaten weit über das Maß der Einschränkungen des Zahlungsverkehrs, wie es sich auf Grund der deutschen Vorschriften ergibt, hinausgehen.

Beim Verband sächsischer Industrieller sind in der letzten Zeit in größter Zahl Klagen von sächs. Exportbetrieben eingegangen, aus denen hervorgeht, daß es gegenwärtig fast völlig unmöglich ist, aus wichtigen Kundenländern wie Desterreich, Ungarn, usw. Zahlungen für bereits getätigte Lieferungen zu erhalten, da in diesen Staaten die Genehmigung für Zahlungen an das Ausland, abgesehen von unentbehrlichen Lieferungen, in der Regel verweigert wird. Die Zahlungen der ausländischen Firmen müssen infolgedessen auf Bankkonten in den betreffenden Ländern angeammelt werden, ohne daß über diese Guthaben verfügt werden kann. Die Exportbetriebe sind mithin nicht in der Lage, ihre Kundenbestände zu realisieren. Die Folge ist eine außerordentliche Verknapfung der Betriebsmittel, die umso schwerwiegender ins Gewicht fällt, als die Kreditlage in Deutschland sich wesentlich verschlechtert hat. Die Unmöglichkeit, aus den betreffenden Ländern Zahlungen zu erhalten, bzw. die Guthaben bei den ausländischen Banken abzurufen, muß bei einer weiteren Fortdauer des bestehenden Zustandes die Aufrechterhaltung der in Betracht kommenden Betriebe aufs schwerste gefährden, da infolge des Mangels ausreichender Geldbeingänge die Bezahlung der laufenden Betriebsausgaben in Frage gestellt ist.

Der Verband sächsischer Industrieller hat auf die schweren Gefahren, die sich sowohl in arbeitsmarktpolitischer Hinsicht wie in Bezug auf die künftige Entwicklung der deutschen Ausfuhr aus dieser Lage ergeben müssen, das Auswärtige Amt wie das Reichswirtschaftsministerium eingehend hingewiesen und zur Verhinderung von Betriebsstilllegungen und steigender Arbeitslosigkeit Maßnahmen beantragt, die die dringend benötigten Geldbeingänge sichern bzw. die Aufrechterhaltung der betroffenen Betriebe gewährleisten. Es ist im Interesse der Aufrechterhaltung unserer Exportbetriebe zu hoffen, daß die Reichsregierung in Erkenntnis der schwerwiegenden Wirkungen, die sich bei Fortdauer der letzten Lage ergeben müssen, mit Beschleunigung die Abhilfsmöglichkeiten im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden ausländischen Regierungen prüft.



Weihnachtskunden, die auch zu Ihnen kommen!

Sie wollen aber eingeladen sein und schon vorher wissen, daß Sie außergewöhnliche Vorteile bieten. Nichts ist da einfacher und billiger für den Geschäftsmann als allen Verbrauchern durch Angebote im Riesaer Tageblatt überzeugende Beispiele seiner Leistungsfähigkeit zu zeigen, die die Kundschaft auch in den Fensterauslagen bestätigt finden muß.

Die heftige Bauernbewegung.

Die heftigen Bauern haben ihre eigene politische Geschichte und ihren eigenen politischen Willen. Aus Bahlergebnissen läßt sich immer nur das mit Sicherheit feststellen, daß das Mittel, mit dem sich der heftige Bauer geltung verschaffen zu können glaubt, dem Wechsel vorherrschender, politischer Strömungen unterworfen ist und daß er eine aktivere Führung verlangt. Der heftige Bauer ist eigenwillig und radikalen Tendenzen geneigt. Wenn man das auch nicht gleich bis auf den Bauernkrieg zurückzuführen braucht, so wird es doch auf sein zum Verständnis seiner Haltung, auch in der gegenwärtigen Zeit, an die große Bewegung zu erinnern, die in den 80er Jahren ganz Hessen-Nassau und Oberhessen überflutete und zeitweise ausgesprochen revolutionäre Formen annahm. Diese Bewegung, die die Politisierung des heftigen Bauerntums einleitete, hatte eine ausgesprochen antisemitische Tendenz, ohne sich allerdings darin zu erschöpfen. Sie entsprang fast rein sozialen Motiven und lehnte sich nur gegen den Vieh- und Handelsjuden als den greifbaren Repräsentanten der großen Not, die über die Dörfer gekommen war. Der Bauer war diesen seinen Händlern, als er unter den veränderten volkswirtschaftlichen Verhältnissen zu verelenden anfang, schuldlos preisgegeben. Nicht vertraut mit den neuen Kreditmethoden ließ er sich Geld leihen und unterschrieb dafür Verpfändungscheine, die ihn schließlich von Haus und Hof brachten.

Aus der dumpfen Verzweiflung, die in den Dörfern allmählich am sich griff, erlöste ihn erst der Bedarf eines Mannes, der, von der bei einer Gelehrtenarbeit entdeckten Not der Bauern übermüdet, vom Privatbesenen zum Politiker wurde. Dieser Dr. Otto Bödeli, der erst vor wenigen Jahren verarmt und vergessen in Richendorf l. h. M. gestorben ist, rief zum ersten Male auf eine wirtschaftlichen, sondern zur politischen Selbsthilfe aus. Er gab der Bewegung, der er nur auf dem Wege persönlichen Einsatzes zum Leben verhalf, ein Programm, das schon über die reinen Standesinteressen der Bauern hinausgriff und sozialpolitische Forderungen, wie den Achtstundentag, enthielt, die zum ersten Male auf eine nationale Bauern- und Arbeiterfront hinstellten. Was in den Anfängen abgelehnt war, wurde unter gänzlich veränderten Verhältnissen vor 1 1/2 Jahren, in seiner Notwendigkeit und Tragweite völlig erkannt, wieder aufgenommen und durch Dr. Geseke zur Parole einer Landvolkbewegung gemacht, die mit jungen Kräften ins Leben treten und von Grund auf erneuert und umgestaltet sollte, was an alten Formen noch vorhanden war. Der Ausführung des Planes begegneten Widerstände, die nur schwer und allmählich zu überwinden waren und ihre Ursache nicht zuletzt in den parlamentarischen Verstrickungen unseres gesamten öffentlichen Lebens haben.

Die Begeisterung jedenfalls, mit der die Bauern in Hessen in den 80er Jahren in den Kampf, den sie auch damals schon gegen die Regierung, die ihre Kundgebungen verbot und Postzeit und Vandalenriege gegen sie anmarschieren ließ, führen mußten, gegangenen waren, berechtigte 1929 zu jeder Hoffnung und läßt auch heute noch jede Möglichkeit

offen, wenn man sie nur zu ergreifen versteht. Denn der Plan, der sich damals unter wirtschaftlich und politisch erschwerenden Umständen bis zu einer bewußten, ganz eigenen politischen Willenshaltung durchzusetzen mußte, lebt auch heute noch im Bauernvolk, das darüber hinaus durch die aufopfernde Arbeit einer ganzen Generation politisch geklärt ist.

Das hat sich nach jeder Richtung hin günstig und vielversprechend ausgewirkt, als nach dem Zusammenbruch vom Bauern eine durchaus neue Stellung, und zwar in kürzester Frist, bezogen werden mußte, sollte es nicht das Opfer in Aufruhr verfehlter häßlicher Massen werden. Die im Bauerntum vorhandenen Energien konnten sofort ausgelöst werden. Das Dorf hatte die Zeit nicht verschlafen und verstrom sich auch nicht hinter seine Scheunen. Es dauerte nicht lange und die Bauern in Oberhessen marschierten aus den Versammlungsräumen in die Kreisstädte. Erinnerungen an Otto Bödeli wurden wieder lebendig und die Organisationen lebten auf. Erst das taktische Gezerre der Folgezeit, das den allgemeinen politischen Niedergang in Deutschland begleitete, führte wieder zur Erstarrung der Bewegung, die sich parlamentarisch beruhigte. Was die steigende Not sie wieder weckte. Aber da fehlte es an durchgreifender Führung, die den Strom hätte lenken können. Es wurde weiter tüchtige Arbeit in Hirtens geleistet, auch die bäuerlichen Interessen wurden im Rahmen der politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten weiter solide und sauber vertreten. Die immer schlimmer werdenden Verhältnisse halfen jedoch die belassenen Möglichkeiten, ihnen zu begegnen, weit in den Schatten. Aus der Resignation wurde Verzweiflung und aus der Verzweiflung erwuchs ein Radikalismus, der sich jetzt bei der Wahl einen Ausweg gesucht hat.

Die Landvolkbewegung hat zwar in Hessen einen schweren Stoß erlitten, das letzte Wort über sie ist aber noch nicht gesprochen. Sie wird vielmehr, wenn man das Ergebnis der Wahl recht zu würdigen weiß und die richtigen Schlüsse daraus zieht, wieder zu erwecken sein, weil sie immer Charakter befehlen und sich nie einer Parteilichkeit gefügt hat. Die Regeneration der Führung stellt als Forderung dabei an erster Stelle. Sie ist — nicht nur in Hessen — während der letzten 1 1/2 Jahre nicht zielbewußt genug vorwärtsgetrieben worden. Der Organisationsapparat muß wieder aus seiner Erstarrung gerissen werden und anstelle rein wirtschaftlicher Teil- und Notforderungen müssen politische Ziele treten, so wie sie in großen Umrisen einmal aufgestellt worden sind. Das große Problem und die große Aufgabe bleibt der Bauer.

11 Millionen Menschen sprechen Deutsch!

Die Sprachen Europas.

Von Willhelm Gellm.

Auch der gebildete Mitteleuropäer wird auf die Frage, wieviel Sprachen es in Europa eigentlich gibt, mit großer Bestimmtheit nur die Sprachen der großen Nationen aufzählen, die zusammen vielleicht eineinhalb Dutzend ergeben. Und er wird vollkommen übersehen, daß es in Europa zahllose sogenannte Minderheiten gibt, die zwar nicht in einem eigenen Staatsgebiet sitzen, wohl aber heute noch ihre alten, durchaus selbständigen Sprachen sprechen.

Es gibt also in Europa gegenwärtig nicht eineinhalb oder zwei Dutzend, sondern — rund

120 verschiedene Sprachen!

Ihre Bedeutung allerdings ist sehr unterschiedlich, gehören hierzu doch ungefähr 50 Sprachen, die etwa nur je 100 000 Menschen beherrschen und schreiben. Nur 19 von den 120 Sprachen (in die übrigens die Dialekte nicht eingerechnet sind) werden von mehr als fünf Millionen, nur 87 von mehr als einer Million Menschen gesprochen.

Wenn nun den Leser schon die Tatsache, daß die auf zehn Millionen Quadratkilometer lebenden 480 Millionen Europäer weit mehr als 100 verschiedene Sprachen sprechen, in Erstaunen versetzen wird, dann wird ihm die Behauptung, daß von 480 Millionen Europäern rund 82 Millionen Menschen das Deutsche als ihre Muttersprache bezeichnen, sicherlich recht unwahrscheinlich vorkommen. Und doch ist es so, und damit ist das Deutsche gleichseitig auch die größte europäische Sprache. Ihm folgt in verhältnismäßig großem Abstand Russisch, das von 71 Millionen Menschen gesprochen wird, und dann erst kommen die übrigen europäischen Hauptsprachen, die sich folgendermaßen verteilen:

Englisch	gesprochen von 47 Mill. Menschen
Italienisch	" " 41 "
Französisch	" " 40 "
Ukrainisch	" " 34 "
Polnisch	" " 28 "
Spanisch	" " 18 "
Holländisch und Flämisch	" " 11 "
Ungarisch	" " 10 "

Dies also ist die Sprachenverteilung in Europa; das hier gegebene Bild aber verschiebt sich allerdings ganz erheblich, wenn man die Bedeutung der einzelnen Sprachen in der ganzen Welt aufzählen will, denn hier steht neben Chinesisch das Englische weit an der Spitze!

Bücherchau.

Heimat-Kalender für den Kreis Liebenwerda 1932. Auch in diesem Jahr war es dem Verlag W. Ziehe, Liebenwerda, mit Unterstützung des Kreis-Ausschusses des Kreis-Liebenwerda möglich, einen recht geschmackvollen Heimatkalender herauszubringen. Die künstlerische Ausgestaltung verdankt dieser Kalender dem Maler und Graphiker Fritz Röhrs, Braunschweig. Er wählte für seine 12 großen Einzeldarstellungen Motive aus dem „Ländchen“. Neben dem üblichen Inhalt findet man in dem Kalender noch eine größere Anzahl Artikel, die heimatgeschichtlichen Charakter haben. Der Preis des Kalenders beträgt 80 Rpf.

Begleitbild.



Wo ist der Gast?

Auflösung des letzten Bilderrätsels.
Nache trägt keine Frucht.